

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist in Flensburg

Südergraben 53, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag-Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08

Bankkonto: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020

Postscheckkonto: Hamburg 11407-206

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Kurt Hamer</i> Herbergsstaat und Minderheit.....	3
<i>Rüdiger Wenzel</i> Mal wieder nichts entschieden.....	14
<i>George Nellemann</i> „Der er et yndigt land ... “	20
<i>Walter Grab</i> Harro Harring und der deutsche Sonderweg 1848-1933	29
Umschau ab Seite 51	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.
Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.
Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.
Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

Herbergsstaat und Minderheit

Vortrag bei den Südschleswigschen Vereinen Schafflund und Wallsbüll am 17. Januar 1984 in Wallsbüll

Ich will mich nicht lange bei der Vorrede aufhalten, aber ich möchte doch gern sagen, daß ich mich außerordentlich freue und dankbar für die Gelegenheit bin, beim Südschleswigschen Verein einige Überlegungen zur Frage des Verhältnisses von Herbergsstaat und Minderheit vortragen zu dürfen.

Damit wir uns vor Augen führen, wo wir einmal standen und welchen Weg Deutsche und Dänen im Grenzland bis heute gegangen sind, lassen Sie mich mit einer historischen Erinnerung beginnen.

In unserem Kreis sind wir seit gut einem Jahr dabei, die Zeit vor und nach 1933 unter dem Thema „Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde“ zu untersuchen. Dabei stieß ich zufällig auf die Ausgabe der „Nortorfer Zeitung“ vom 27. März 1923. Sie berichtet auf ihrer Titelseite über die schleswig-holsteinische Erhebungsfeier am 24. März in Kiel: „Anlässlich der Feier hielt bei einem großen Festakt im Rathaus der Stadt Kiel der preußische Ministerpräsident Braun eine Rede, in der er die Bedeutung des schleswig-holsteinischen Kampfes für ganz Deutschland hervorhob. Im Zusammenhang damit erinnerte der Ministerpräsident daran, daß auch die Nordmark heute noch im Abwehrkampf gegen fremde Expansionsbestrebungen steht:

Wie an der Ruhr durch die jedem Völkerrecht und jedem Menschlichkeitsgefühl hohnsprechende Art der Durchführung der angeblichen ‚friedlichen Aktion‘ die Bevölkerung nur immer inniger zusammengeschweißt wird, so wird durch die Auswüchse einer chauvinistischen, durch die hohe Valuta des Auslandes befruchteten Agitation jenseits der Nordgrenze es dem klarblickenden und selbstbewußten Schleswig-Holsteiner trotz seiner niedersächsischen Gelassenheit schwer gemacht, die Ruhe zu bewahren und den aufgedrängten Kampf ohne Härten und Bitterkeit auszufechten.“ Braun sprach von „bedauerlicher Verhetzung“, von der „verletzenden Herabwürdigung des deutschen Wesens“, vom „Mißbrauch der republikanischen Pressefreiheit“ durch „in deutsch geschriebenen, aber in fremdem Solde stehenden Blättern“ und vom „aggressiven chauvinistischen Treiben gewisser unverantwortlicher dänischer Elemente“. Der Bericht in der „Nortorfer Zeitung“ über die Kieler Feier endet wie folgt: „Zum Schluß seiner Rede erneuerte der Ministerpräsident auf dem Boden alter Freiheitskämpfe, auf urdeutschem Boden, das Gelübde der Treue zu Reich und Land: ‚Schleswig-

Holstein und Preußen, Preußen und das Reich, das ganze deutsche Vaterland, frei und up ewig ungedeeht!“.

Soweit das Zitat. Und für alle, die in preußischer Geschichte nicht so sehr zu Hause sind, füge ich hinzu: Ministerpräsident Braun war Sozialdemokrat, bekannt als der „rote Zar von Preußen“, wurde am 20. Juli 1932 durch den sogenannten Preußen-Putsch Papens unter Bruch der Verfassung abgesetzt, am 6. Februar 1933 durch eine Verordnung Hindenburgs endgültig seines Amtes enthoben und emigrierte im März 1933 in die Schweiz.

Das Zitat bedürfte einer historischen Einordnung. Ich verzichte darauf. Hier soll es nur die Frage illustrieren, die eigentlich am Anfang unserer Betrachtung stehen müßte: Was sind die geschichtlichen Bedingungen, unter denen Minderheiten entstanden und sich behaupten mußten? Welche Hypotheken lasteten auf ihnen? Welche konnten abgetragen werden, welche sind gelöscht und welche stehen bis heute im Grundbuch unserer Geschichte?

Jeder weiß: Es gibt historische Belastungen im Verhältnis Deutschland/Schleswig-Holstein/Dänemark. Um nicht zu weit zurückzugreifen, nenne ich — unvollständig natürlich — nur wenige Daten und wenige Stichworte: 1848, 1864, 1920, 1940; nationalstaatliche Auseinandersetzung, Grenzkampf, NS-Diktatur. Diese geschichtlichen Voraussetzungen und Belastungen sind mitgenommen worden bis in die Gegenwart hinein.

Dennoch: Wer fragt, wo wir heute stehen, sollte nicht allein dieses historische Gepäck im Auge haben. Er sollte auch von gegenwärtigen Fakten ausgehen. Sie sind einfach.

Als erste Tatsache ist zu nennen: Es gibt seit Jahrhunderten in diesem Grenzland eine deutsche Kultur und eine dänische Kultur.

Nun meinen einige, man könne politische Gegensätze und Auseinandersetzungen, Grenz- und Kulturkämpfe und Schlimmeres aus älterer und jüngerer Zeit, die zwischen den Staaten südlich und nördlich der Grenze standen — wo auch immer sie verlief —, mit dem Hinweis ausklammern oder vergessen machen, man habe doch auch eine gemeinsame Geschichte gehabt, habe sie doch jetzt eigentlich wieder im Zeichen von NATO und EG. Deshalb ist die Feststellung nötig: Trotz — möglicherweise — eines Stückes gemeinsamer Geschichte — eine gemeinsame Kultur hat es nie gegeben.

Daraus folgt die zweite Tatsache. Sie ist ein natürliches geschichtliches und kulturelles Erbe: Es gibt in Dänemark eine deutsche und in Deutschland eine dänische Minderheit.

Ich stelle auch diese Selbstverständlichkeit ausdrücklich fest. Denn bereits südlich der Eider und allemal südlich der Elbe ist sie so selbstverständlich längst nicht — immerhin erstaunlich, wenn wir uns ins Gedächtnis rufen, wie noch in den 20er Jahren der „Kampf um die Nordmark“, weniger die Auseinandersetzungen nach

1945, ganz Deutschland bewegte. Ich bin mir übrigens auch nicht ganz sicher, daß wirklich jeder in Dänemark sich dieser Selbstverständlichkeit bewußt ist.

Sie muß auch deshalb ausgesprochen werden, weil es, allen Beteuerungen zum Trotz, beiderseits der Grenze, sowohl „oben“ als auch „unten“, in der Nachbarschaft sozusagen, immer noch von einzelnen als Ärgernis empfunden wird, daß jemand sich zu einer Minderheit bekennt. Den kleinen engen Nationalismus gibt es eben doch noch, gerade auch auf lokaler Ebene, aber nicht nur dort.

Meine Überzeugung jedoch ist: Nur wer von der Selbstverständlichkeit der Existenz von Minderheiten ausgeht, kann diesen gegenüber die liberale und tolerante Vorurteilslosigkeit gewinnen, die nötig ist, um die Probleme zu lösen, auch Spannungen zu mildern, die naturgemäß aus dem Vorhandensein von Minderheiten erwachsen müssen.

Die dritte Tatsache ist: Die Staatsgrenze liegt fest. Über ihren Verlauf ist spätestens in den Nachkriegsjahren entschieden worden, als die britische Besatzungsmacht allen Bestrebungen, sie zu verlegen, eine klare Absage erteilte. Die Grenze kann nur verändert werden durch ihre Aufhebung, zum Beispiel in einer europäischen Union. Ob ich das für erstrebenswert halte oder nicht: Ich bin sicher, meine Generation wird das nicht mehr erleben. Eine nationalstaatliche Verschiebung jedenfalls ist heute nicht begründbar und widerspricht der politischen Realität.

Die vierte Tatsache ist: Es gibt seit Jahrhunderten ein Königreich Dänemark, und es besteht seit über dreißig Jahren ein Bundesland Schleswig-Holstein.

Im Königreich Dänemark zu leben, hat für die deutsche Minderheit Konsequenzen. Spätestens 1945 hat man das erkannt, als man sich genötigt sah, die Loyalitätserklärung abzugeben. Ich formuliere bewußt so: genötigt sah. Denn der immer wieder zu vernehmende Hinweis — nicht ohne tadelnden Unterton —, die dänische Minderheit habe eine solche Erklärung bislang nicht abgegeben, übersieht ganz einfach, daß für diese dafür weder Anlaß noch Notwendigkeit bestand. Allerdings muß hinzugefügt werden: Sie befand sich auch nicht in der Lage, zur Illoyalität gedrängt zu werden oder dazu selbst zu drängen.

Die deutsche Volksgruppe hat ihr Verhalten zum dänischen Staat wie folgt definiert: „... wir versuchen, eine fruchtbare Synthese deutscher Volkszugehörigkeit und dänischer Staatsangehörigkeit herzustellen. Die Aufrechterhaltung und Vertiefung der geistigen und kulturellen Verbindung zum deutschen Volk ist unser Hauptanliegen. Gleichzeitig wollen wir loyal und gleichberechtigt an den gesellschaftlichen Aufgaben innerhalb des dänischen Staates mitwirken, ohne unsere Eigenständigkeit aufzugeben, und wir wollen an der Gestaltung des deutsch-dänischen Grenzraumes zu einer Kontaktregion mit Erfahrungsaustausch und fruchtbaren Wechselwirkungen auf der Basis von

Gleichberechtigung und Chancengleichheit mitwirken.“

So Gerhard Schmidt anlässlich des Besuches von Bundespräsident Walter Scheel 1979 bei der deutschen Volksgruppe (Grenzfriedenshefte 4/1979).

Die Frage ist nun: Sind die deutschen Nordschleswiger Dänen? Aber die Frage ist natürlich auch: Hat es für die dänische Minderheit ebenfalls Konsequenzen, im Bundesland Schleswig-Holstein zu leben? Oder anders gefragt: Sind die Angehörigen der dänischen Minderheit Schleswig-Holsteiner?

Ich will heute nur auf die zweite Frage eingehen. Sie bereitet manche Kopfzerbrechen. Dahinter steckt die aktuelle Frage, die wie folgt lautet: Sollte es nicht selbstverständlich sein, daß die dänische Minderheit als schleswig-holsteinischer Bevölkerungsteil auch am Schleswig-Holstein-Tag teilnimmt?

So hat der Flensburger NDR-Redakteur Thietmar Hambach in einem Kommentar unter dem Titel „öffnet sich die dänische Minderheit?“ die Frage aufgeworfen, warum, wenn überall auf dem Schleswig-Holstein-Tag im Lande gesungen und musiziert werde, nicht auch die Landsleute mit musizieren, deren Muttersprache dänisch ist. Wörtlich sagte Hambach: „Es ist bedauerlich, daß die dänische Volksgruppe nicht über ihren Schatten springen kann, denn Schleswig-Holstein ist die Heimat aller, ob sie dänisch sprechen oder friesisch oder deutsch.“ (NDR, Welle Nord, 6. 6. 83)

Man könnte, und ich will es einmal tun, wie folgt argumentieren: Wie Karl-Otto Meyer als parlamentarischer Vertreter des SSW ein Mandat im Landtag des Bundeslandes Schleswig-Holstein wahrnimmt und bei vielen Gelegenheiten, auch bei offiziellen Besuchen im Ausland, das schleswig-holsteinische Parlament mit repräsentiert, so könnte sich heute die dänische Minderheit ebenfalls als einen Teil, als den dänischen Bevölkerungsteil des deutschen Bundeslandes verstehen. Sie könnte es heute eher als in den vergangenen Jahren. Denn CDU-Landesregierung und CDU-Landtagsfraktion anerkennen jetzt zwei Grundsätze, die seit langem Grundlage der Minderheitenpolitik meiner Partei und Fraktion sind und deren Akzeptierung Voraussetzung für eine Änderung der Haltung der dänischen Volksgruppe ist. Anerkannt wird der Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichstellung, der hinauslaufen muß auf eine geschützte Privilegierung. Endgültig wird auch anerkannt, daß das Mandat des Landtagsabgeordneten der Partei der dänischen Minderheit kein in seiner politischen Funktion eingeschränktes Mandat, sondern ein zwar privilegiertes, weil von der 5-%-Klausel befreites — worauf immer gern hingewiesen wird —, aber zugleich vollgültiges Mandat ohne Wenn und Aber ist. Und das heißt: Der SSW-Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag muß auch mitentscheiden dürfen, wer die Regierung in diesem Lande stellt und wer Ministerpräsident wird.

Diese Bekundungen sind eine radikale Kursänderung der Minderheitenpolitik der CDU. Mit Recht ist die neue Politik in der schleswig-holsteinischen, aber auch der

dänischen öffentlichen Meinung so gewertet worden. Sie wird hoffentlich auch von jenen nachvollzogen, die sich in Heimat- und Grenzverbänden als der CDU nahestehend oder ihr angehörend in Minderheitenfragen engagieren. Die Nagelproben darauf sind noch zu bestehen — in Kiel und im Alltag des Grenzlandes.

Wenn sie sich in der Praxis bewähren sollte, beschreibe die neue Übereinstimmung der schleswig-holsteinischen Parteien in Grundfragen der Haltung gegenüber der dänischen Minderheit ein gewandeltes Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen in Schleswig-Holstein. Ob die dänische Minderheit es wahrhaben will oder nicht: Faktisch ist aus einer im Lande bisher lediglich tolerierten eine in das Bundesland Schleswig-Holstein integrierte Gruppe geworden.

Aber meine Überlegungen setzen auch noch an einem anderen Punkt an. Ich wage den Satz: Nicht im hergebrachten historischen Sinne, aber in konsequenter Interpretation der Folgen der Gründung des Bundeslandes Schleswig-Holstein nach 1945, insbesondere des inzwischen stark ausgeprägten Landesbewußtseins seiner deutschen und dänischen Bevölkerung, kann man heute durchaus von deutschen und dänischen Schleswig-Holsteinern sprechen.

Das mag in vielen dänischen und nicht wenigen deutschen Ohren befremdlich, vielleicht auch als Herausforderung klingen. Es ist aber dennoch eine nüchterne und realistische Kennzeichnung eines Zustandes, der heute eben ein anderer ist als 1949, dem Jahr der Kieler Erklärung, als 1955, zur Zeit der Bonn-Kopenhagener Erklärung also, und auch als noch vor 10 Jahren.

Dies bedeutet nicht, geschichtliche Zusammenhänge und Bindungen zu ignorieren. Aber man kann schleswig-holsteinisches Heimat- und Landesbewußtsein nicht allein oder in erster Linie von den nationalen Auseinandersetzungen des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts her definieren. Das greift schon deshalb zu kurz — oder zu weit zurück —, weil ein großer Teil der heutigen Schleswig- Holsteiner erst nach 1945 in dieses Land gekommen ist.

Nicht nur für viele dieser „Neu-Schleswig-Holsteiner“, sondern auch für manche junge Menschen haben Blau-Weiß-Rot, Schleswig-Holstein-Lied, Doppeleiche und Up ewig ungedeelt in ihren historischen Bezügen etwas Anachronistisches. Sie können wenig damit anfangen. Für sie ist andererseits aber alles Blau-Weiß-Rote auch nichts historisch „Belastetes“. Es ist etwas sehr Gegenwärtiges, das man akzeptiert und dem man sich emotional verbunden fühlt.

Wer Schleswig-Holstein in erster Linie in der Kontinuität oder — je nach Standort — der Diskontinuität der Auseinandersetzung mit Dänemark und der nationalen Entwicklung sieht, wird schwerlich Augen und Ohren haben für die neue Qualität eines Schleswig-Holstein-Bewußtseins. Das gilt für Deutsche und Dänen. Dieses

Bundesland hat durch seine eigene Geschichte nach 1945 und innerhalb des föderalistischen Staates durch seinen eigenständigen Beitrag zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein eigenes Gesicht und Gewicht gewonnen. Das ist das Werk auch jener Mitbürger, die sich der dänischen Kultur und Sprache verbunden fühlen. Ganz folgerichtig hat deshalb Karl-Otto Meyer sein Landtagsmandat nie auf ein regionales, nur „dänisches“ beschränkt, sondern es stets als ein dem ganzen Land und allen seinen Bürgern verpflichtetes verstanden. Natürlich ist er in erster Linie Sachwalter der dänischen Minderheit. Aber er trägt Verantwortung für das ganze Land, wie auch der gesamte Landtag verantwortlich ist für die dänische Minderheit.

Mit anderen Worten: Die dänische Minderheit hat ihre Rolle als Teil der Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein längst angenommen. Sie ist als Volksgruppe so gefestigt, daß sie sich, ohne Schaden zu nehmen, dazu auch bekennen könnte.

Die Beteiligung der dänischen Landsleute am Schleswig-Holstein-Tag wäre also nahezu selbstverständlich? So einfach ist das nicht. Es geht eben nicht für die dänische Minderheit allein darum, sich nicht mehr „einzugeln“, sich nicht „abzukapseln“, „Berührungsängste“ zu überwinden oder „über ihren Schatten zu springen“.

Ich habe Verständnis für die Haltung der dänischen Minderheit, eine Mitwirkung am Schleswig-Holstein-Tag abzulehnen. Dafür gibt es zu viele Hürden. Sie ergeben sich nicht nur aus der Tatsache, daß eine Organisation maßgeblich den Schleswig-Holstein-Tag gestaltet, die sich in einem ganz bestimmten Sinne und sehr betont auch als deutscher Grenzverband versteht und sich natürlich an der politisch-kulturellen Auseinandersetzung im Grenzland beteiligt. Auch der Schleswig-Holstein-Tag hat, wen wird es wundern, seine historischen „Belastungen“, die, sieht man genau hin, sehr wohl auf deutscher Seite „gepflegt“ werden und die selbst bei gutem Willen beiderseits nicht so leicht beiseite zu schieben sind.

Es ist ja kein Lapsus, wenn Dr. Werner Schmidt, Vorsitzender des SHHB, in einem Interview mit dem „Nordschleswiger“ auf eine Frage nach dem Schleswig-Holstein-Tag sagt: „Wenn die dänische Volksgruppe — ungehindert und selbstverständlich von uns geachtet — in jedem Jahr ihre Jahrestreffen an verschiedenen Orten des Landesteils Schleswig durchführt, dann ist es doch wohl das gute Recht der Schleswig-Holsteiner, auf ihre Weise nach ihrer Art zu feiern.“ (Nordschleswiger, 20.12. 1980)

Hier wird sehr sorgfältig unterschieden zwischen „Dänen“ im Lande, die „ihr“ Fest feiern, und „Schleswig-Holsteiner“, die auf „ihre Weise nach ihrer Art“ den Schleswig-Holstein-Tag begehen. Da ist die Frage nicht, ob der Schleswig-Holstein-Tag auch ein Tag der dänischen Schleswig-Holsteiner ist — die gäbe es

demnach gar nicht —, sondern zu fragen ist viel mehr, ob wir, die deutsche Bevölkerung, dann überhaupt erwarten können, daß, um Thietmar Hambach zu zitieren, die dänische Volksgruppe „über ihren Schatten springt“ und sich am Schleswig-Holstein-Tag „gleichberechtigt“ beteiligt.

Nur dann, wenn in Programmen und Reden anläßlich dieses Tages ohne Zweifel deutlich wird, daß es wirklich ein Tag für *alle* Schleswig-Holsteiner ist, dürfen wir erwarten, daß auch die dänische Minderheit „über ihren Schatten springt“. So gestaltet sehe ich diesen Tag heute nicht, und ich sehe ihn auch morgen nicht und nicht übermorgen.

Anders ausgedrückt: Ich habe mich gefreut, daß der Ministerpräsident dem Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Gerhard Schmidt, auf dem letzten Schleswig-Holstein-Tag die Schleswig-Holstein-Medaille verliehen hat. Wenn man es jedoch als selbstverständlich ansieht, daß die dänische Minderheit sich an den Veranstaltungen zum Schleswig-Holstein-Tag beteiligt, müßte es dann nicht ebenfalls selbstverständlich sein, daß auch einem führenden Mitglied der dänischen Minderheit die anläßlich des Schleswig-Holstein-Tages verliehene Schleswig-Holstein-Medaille überreicht wird?

Aber wie müßte ein Schleswig-Holstein-Tag aussehen, welche Reden müßten dann gehalten werden, welche Dankesworte der Träger der Medaille müßten dann formuliert werden, um auf einem solchen Tag die gleichzeitige Verleihung der Schleswig-Holstein-Medaille an Gerhard Schmidt und — sagen wir — Gerhard Wehlitz denkbar zu machen?

Nein, das ist nicht die Realität von heute und nicht die von morgen. Sie kann es auch nicht sein. Das wäre auch eine Überforderung der dänischen Minderheit. Die fünfte Tatsache, von der wir auszugehen haben, ist folgende: Nach wie vor gilt in Dänemark und in Schleswig-Holstein der Grundsatz: Däne ist, wer Däne sein will; Deutscher ist, wer Deutscher sein will. Das Bekenntnis ist frei.

Ich sage nicht ohne Genugtuung, daß die friedensstiftende Formel für das Zusammenleben im Grenzland: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei“ zum ersten Mal von einer sozialdemokratischen Regierung geprägt wurde. Sie findet sich in der Kieler Erklärung vom 26. September 1949, galt auch für die friesische Bevölkerung und fand in anderer Formulierung ebenfalls 1949 Eingang in die Landessatzung und 1955 in die Minderheitenerklärungen von Bonn und Kopenhagen.

Das heißt mit anderen Worten: Die Landesgrenze liegt zwar fest, die Kulturgrenze dagegen — und sie gezogen nicht in einem geographischen, sondern gemeint in einem demographischen Sinne — die Kulturgrenze also liegt nicht fest. Sie ist veränderbar.

Ich bin zwar nicht so „optimistisch“ zu glauben, Nordschleswig könne kulturell deutsch werden — das war es ja nie —, und nicht so „pessimistisch“, das Land

zwischen Grenze und Eider werde einmal kulturell dänisch — auch das war es ja nie —, aber die Chance zur Expansion und, wie hinzugefügt werden muß, zur Schrumpfung einer Minderheit ist geradezu ein konstitutives Element des Nebeneinanders beider Kulturen im Grenzraum.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine Bemerkung zum friesischen Bevölkerungsteil machen. Ich erwähne ihn in diesem Zusammenhang nicht, weil ich mich scheue, von einer eigenen friesischen nationalen Minderheit zu sprechen. Ich respektiere das individuelle Bekenntnis, Friesen zu sein, selbstverständlich auch das Bekenntnis, „nationaler“ Friesen zu sein. Friesische Sprache und Kultur müssen gefördert werden. Aber von einer „friesischen Minderheit“ kann nur dann die Rede sein, „wenn — wie bei der dänischen und der deutschen Volksgruppe — auch der Wille zur Bildung einer Minderheit erkennbar wird und Initiativen zur Schaffung eigener kultureller Einrichtungen ergriffen werden. Für alle Minderheiten gilt, daß sie nur existieren, solange sich Menschen zu ihnen bekennen und solange sie den Willen und die Kraft haben, lebendig als Gruppe in Erscheinung zu treten.“ (Vgl. NORDFRIESLAND befragt Politiker. In NORDFRIESLAND, Nr. 68, Dez. 1983, S. 110)

Die sechste Tatsache ist, daß wir von einer befriedeten, nahezu entkrampften, alles in allem erfreulichen Situation im Grenzland sprechen können. Ausweichlich des Flensburger Tageblattes vom 29. 12. 1983 erklärte Gerhard Wehlitz: „Andere Minderheiten können von einem solchen Verhältnis, wie es nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze herrscht, nur träumen.“

Ich erinnere noch einmal an die Rede des preußischen Ministerpräsidenten Braun 1923 in Kiel, und ich bitte jeden, sich die Zeit nach 1945 zu vergegenwärtigen. Unbestritten ist: Die Welt des Grenzlandes hat sich in einem langen evolutionären Prozeß grundlegend verändert. Wenn in dem eben zitierten Artikel Gerhard Wehlitz' Überlegung wiedergegeben wird, es stelle sich die Frage, ob nicht die Zeit gekommen sei, auf dem früheren Gegen- und Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen, dann drückt sich darin der Wandel aus. Kein Zweifel: Was die Minderheiten angeht, ist die deutsch-dänische Grenzregion ein europäischer Modellfall, wenn auch ein nicht übertragbarer Sonderfall.

Dennoch gibt es Probleme. Der Grundsatz, daß Minderheiten ohne alle Einschränkungen gleichberechtigt sein sollen, wird zwar von jedermann anerkannt. Er ist allerdings noch nicht überall Wirklichkeit geworden. Keineswegs als selbstverständlich gilt jedoch, daß wegen der relativ geringen Zahl der Angehörigen der Minderheit grundsätzliche Gleichberechtigung zur Privilegierung führen muß. Aber das sind offene Fragen, die, wie die nach langen Auseinandersetzungen durch die schleswig-holsteinische Landesregierung endlich zugesagte Erhöhung der Zuschüsse für die dänischen Schulen beweist, mit der Zeit zu lösen sind.

Dennoch muß ich an dieser Stelle noch einmal auf die Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre eingehen. Gerade auch unsere schleswig-holsteinische Verfassung, die Landessatzung also, begründet überzeugend das Recht der dänischen Minderheit, Volksgruppe sein zu dürfen, und die Pflicht des Herbergslandes, dieses Recht uneingeschränkt zu gewährleisten. Nicht im Sinne der Landessatzung argumentierte dagegen 1981 Staatssekretär Poetzsch-Heffter, als er im Namen der Landesregierung die Forderung des Dänischen Schulvereins, das dänische Schulwesen im Landesteil Schleswig besser zu fördern, mit der Begründung zurückwies, eine spezielle Erhöhung der Zuschüsse an Schulen der dänischen Minderheit würde den Grundsatz der Gleichstellung aller Privatschulen im Lande durchbrechen.

Die dänischen Schulen wären also Privatschulen wie andere auch? Genau das sagt unsere Landessatzung nicht. Hier gab es eine grundsätzliche Kluft im Landtag zwischen SPD, FDP und SSW einerseits und CDU andererseits. CDU-Landesregierung und CDU-Landtagsfraktion hätten beachten sollen, was in einem Kommentar zur schleswig-holsteinischen Landessatzung zu lesen ist: „Art. 6 Abs. 4, wonach die Erziehungsberechtigten entscheiden können, ob ihre Kinder die Schule einer nationalen Minderheit besuchen sollen, sichert zum einen das Elternrecht auf Wahl der Schulart verfassungsrechtlich ab. Zum anderen gewährt es nationalen Minderheiten damit ein Stück kultureller Autonomie.“ Verfasser des Kommentars von 1976 sind Dr. Uwe Barschel, jetzt Ministerpräsident, und Dr. Volkram Gebel. Im selben Kommentar finden sich auch die Sätze: „Nationale Minderheiten ... haben Anspruch auf gleiche Förderung ihrer kulturellen und sozialen Arbeit ... Um zu einer tatsächlichen Gleichheit zu gelangen, kann es dabei im Einzelfall erforderlich sein, Minderheiten Vorrechte einzuräumen...“ Dies war unsere Auffassung immer. Sie fand ihren Niederschlag in der „Flensburger Erklärung“ der SPD zum deutsch-dänischen Verhältnis und zur Minderheitenpolitik, sie fand ihren Ausdruck in der Unterstützung der Anträge des SSW-Abgeordneten im Landtag und nicht zuletzt in dem Verzicht der schleswig-holsteinischen SPD auf einen Sitz im NDR-Rundfunkrat zugunsten des Südschleswigschen Vereins.

Die eigentlichen Probleme liegen jetzt vielleicht woanders. Die (Fast-)Normalität der Situation im deutsch-dänischen Grenzraum ist nicht ohne Gefahren für die beiden Volksgruppen. Sie gewannen ihre innere Stärke, die Solidarisierung unter ihren Mitgliedern und ihr politisches und kulturelles Profil bisher in starkem Maße auch aus der Konfrontation mit der Mehrheitsbevölkerung und deren politischen und kulturellen Repräsentanten sowie aus der Isolation, in der sich jede Minderheit zwangsläufig befindet.

Je mehr Ursachen für Abgrenzungen beseitigt worden sind, je mehr Gleichberechtigung oder gar Privilegierung man erreicht hat, je

selbstverständlicher also Deutsche und Dänen im deutschen Schleswig-Holstein und im dänischen Nordschleswig mit- oder nebeneinander leben und arbeiten, desto geringer kann, insbesondere für junge Menschen, der Anlaß werden, sich zur Minderheit zu bekennen und in ihr mitzuarbeiten.

Die Frage ist also: Woher nehmen die Minderheiten, außer aus einem überlieferten Gefühl der Zusammengehörigkeit, in Zukunft ihre Motivation, sich als Volksgruppen behaupten zu wollen? Ich will versuchen, aus dem, was ich ausführte, einige wenige Schlüsse zu ziehen, um auf diese Weise die Frage nach der Motivation zu beantworten. Dabei beziehe ich mich deshalb gern auf früher Gesagtes und Geschriebenes, weil ich meine grundsätzliche Position nicht habe ändern müssen.

Ich denke, wir haben zwei Fragen zu beantworten. Die erste: Was haben die Minderheiten zu tun? Um sie geht es schließlich. Sie sind Minderheit oder Volksgruppe, wollen es auch sein, bekennen sich dazu. Sie in erster Linie haben ihr Selbstverständnis, ihre „Aufgabe“, ihre „Funktion“, nicht für andere, sondern für sich zu definieren. Sie motivieren sich aus ihrem Willen zur Selbstbehauptung. Wenn er schwindet, wird es auch keine Minderheit mehr geben.

Nach außen sind sie — logische Konsequenz der Minderheitenerklärungen von Bonn und Kopenhagen — keinerlei Rechenschaft schuldig. Wir haben die Existenz von Volksgruppen schlicht zu respektieren.

Die zweite Frage ist: Was sind Minderheiten für uns als „Herbergsstaat“, für uns als „Muttervolk“? Welche „Aufgabe“, welche „Funktion“ erfüllen sie aus unserer Sicht? Zunächst: Wir haben ihnen keine Pflichten aufzuerlegen, außer denen, die sich für jeden anderen Menschen auch ergeben. Aber als Minderheiten existieren sie nicht für uns, sondern für sich selbst.

Ich begrüße, daß die Minderheiten sich längst entfernt haben von einem nationalistischen Selbstverständnis und von der Möglichkeit, sich nationalistisch mißbrauchen zu lassen. Die Rechtfertigung ihrer Existenz liegt in ihrem freiheitlichen Anspruch auf Selbstbestimmung, Selbstbehauptung und Wahrung volklicher Identität. Minderheiten sind kein Hebel für die Durchsetzung politischer Ziele von außen her. Minderheit zu sein ist Selbstzweck. Minderheitenpolitik und Politik für die Minderheiten darf deshalb nicht Mittel zu einem Zweck sein, der nicht der der Minderheiten ist.

Aus dem unbestrittenen Grundrecht, ohne Begründung Minderheit sein zu dürfen, ergibt sich die Verpflichtung für den Herbergsstaat, dieses Grundrecht Wirklichkeit werden zu lassen. Auf die dänische Minderheit bezogen ist deshalb unser Ziel, „unseren dänischen Mitbürgern zu ermöglichen, gleichberechtigt als deutsche Staatsbürger und als Dänischgesinnte zu leben ... (und) jede offene und versteckte Benachteiligung abzubauen.“ („Flensburger Erklärung“ der schleswig-holsteinischen SPD vom 27. 9. 1981).

Sie kennen unsere Haltung. Wir haben sie im Landtag, in Referaten, in Erklärungen immer wieder vorgetragen. Ich habe zum Beispiel 1978 vor dem Grenzfriedensbund den Standpunkt vertreten, daß es in allererster Linie Aufgabe des Herbergsstaates sei, alle Einrichtungen und Unternehmungen der Minderheit in derselben Weise zu fördern wie die vergleichbaren Einrichtungen und Unternehmungen der Mehrheit. Das habe dann für die Schülerbeförderung ebenso zu gelten wie für die Jugendpflege, den Sport und das Sozialwesen. Entscheidungen im Ermessen der Parlamente, Regierungen und kommunalen Gremien sollten sich streng am Prinzip der Gleichberechtigung orientieren (Grenzfriedenshefte 2/1978).

Deshalb war die Haltung der schleswig-holsteinischen Landesregierung in der Frage der Schulzuschüsse nicht zu akzeptieren. Und deshalb kann man dem Folketingsabgeordneten Helge Dohrmann von der Fortschrittspartei nicht zustimmen, wenn er erklärt, „daß die deutsche Minderheit — ebenso wie die dänische Minderheit südlich der Grenze — ihre Aufgaben mit privaten Mitteln lösen muß“ (Interview mit dem Nordschleswiger, 6. 1. 1984).

Unsere Prinzipien gelten ebenso über die Grenzen hinweg: Es ist eine selbstverständliche Verpflichtung vom Mutterland her, die eigenen Minderheiten zu unterstützen.

Ein zweites kommt hinzu: Natürlich haben die Minderheiten auch für die Herbergsstaaten eine Bedeutung. Das deutsche Element in Dänemark, das dänische Element bei uns ist Anreger und Vermittler und in einem guten Sinne auch Provokateur. Und wenn ich schon den Minderheiten eine Aufgabe, eine Verpflichtung zumuten darf, dann ist es diese: Lebendigkeit und Fruchtbarkeit der historisch bedingten Existenz von zwei Sprachen und zwei Kulturen in einem durch eine Staatsgrenze geteilten Raum auch für die Zukunft zu erhalten.

Wer die Minderheit nur als Kostenfaktor, als Störfaktor oder als nationalstaatliches Relikt mißversteht, der wird natürlich ihren Wert für uns alle nie begreifen.

Mal wieder nichts entschieden

Folketingswahlen in Dänemark 1984

Die dänischen Wähler können ihre Politiker schon zur Verzweiflung treiben: Wann immer der Souverän in den letzten zehn Jahren zum Urnengang gebeten wurde, um die von ihm ausgehende Macht neu auf die Parteien zu verteilen, tun sie das Verteilen so gründlich, daß keine Regierungsmehrheit dabei herauskommt. Also müssen nachher Minderheitsregierungen gebildet werden, die sich ihre Mehrheit von Fall zu Fall mühsam im Parlament zusammensuchen müssen. Das ist auch nach der jüngsten Wahl vom 10. Januar 1984 nicht anders. Zwar hat die Partei des Regierungschefs Poul Schlüter, die Konservative Volkspartei, so viele Stimmen und Mandate bekommen wie nie zuvor in ihrer fast 70jährigen Geschichte. Aber die koalitionsbereiten bürgerlichen Mitbewerber steuern nicht genügend Sitze bei, um die magische Zahl 90, die absolute Mehrheit im 179 Abgeordnete umfassenden Folketing, zu erreichen.

Wahlergebnis der Folketingswahlen am 10. Januar 1984

(in Klammer: Ergebnisse 1981)

Parteien	Stimmenanteil (°/o)		Mandate	
<i>Bürgerliche Koalition:</i>				
Konservative	32,4	(14,5)	42	(26)
Libérale Venstre	12,1	(11,3)	22	(20)
Centrums-Demokraten	4,6	(8,3)	8	(15)
Christliche Volkspartei	2,7	(2,3)	5	(4)
Zusammen:	42,8	(36,4)	77	(65)
Rechtsstaatsverband	1,5	(1,4)	0	(0)
Radikale Venstre	5,5	(5,1)	10	(9)
<i>„Arbeiterparteien“:</i>				
Sozialdemokraten	31,6	(32,9)	56	(59)
Sozialistische Volkspartei	11,5	(11,2)	21	(21)
Linksozialisten	2,6	(2,6)	5	(5)
Zusammen:	45,7	(46,8)	82	(85)
Kommunisten	0,7	(1,1)	0	(0)
Internationale, SAP	0,1	(-)	0	(-)
Marxisten/Leninisten	0,0	(-)	0	(-)
Fortschrittpartei	3,6	(8,9)	6	(16)

Unabhängige Kandidaten	0,0	(-)	0	(-)
Wahlbeteiligung: 88,4 %			Quelle: Danmarks Statistik.	

Poul Schlüter war am Wahlabend nicht der strahlende Sieger, als der er sich schon gesehen hatte aufgrund ausgesprochen positiver Umfrageergebnisse aus dem Herbst 1983, die ihm 46 bis 48 Mandate in Aussicht gestellt hatten.

Kein Zweifel: Diese günstigen Voraussagen der Meinungsforscher hatten Schlüter veranlaßt, Neuwahlen herbeizuführen. Die Budgetverhandlungen für den Haushalt 1984 waren ihm willkommener Anlaß, denn die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz seiner Regierung galt in der öffentlichen Meinung als groß. Daß Schlüter 1983 von den verbesserten Relationen zwischen Rohstoff- und Fertigwarenpreisen (terms of trade) auf dem Weltmarkt profitierte, wurde in der vorwiegend bürgerlichen Presse Dänemarks wenig erwähnt. Veröffentlicht wurden hauptsächlich die nackten Fakten: Die Kapitalmarkt-Zinsen sanken deutlich von 22 auf 12 Prozent, die stark defizitäre Leistungsbilanz näherte sich dem Ausgleich, die Investitionen der Industrie stiegen, und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf fast 11 Prozent wurde gebremst.

So bemühte Schlüter sich auch nicht ernsthaft, zu den 9 Abgeordneten der Radikalen Venstre auch noch die insgesamt 16 Stimmen von der Fortschrittspartei bzw. den vier „Ausbrechern“ aus dieser Fraktion zu bekommen. „Knackpunkt“ der Gespräche mit der Fortschrittspartei waren die Sparbemühungen der Regierung. Wie schon 1983 sollten auch 1984 die Finanzausweisungen (Schlüsselzuweisungen) an die Gemeinden um weitere 1,35 Mia. Kronen gekürzt werden (dann zusammen um 4,5 Mia. Dkr.). Viele Gemeinden hatten schon angekündigt, daß sie beim Sparen das Ende der Fahnenstange erreicht hätten und im Falle dieser erneuten Kürzungen gezwungen seien, die Gemeindesteuern zu erhöhen. (Die dänischen Kommunen erheben von ihren Bürgern eine eigene Steuer auf das Einkommen, die sie weitgehend souverän festsetzen können.) Diesen Anstieg der Steuerlast wollte die Steuerprotest-Partei natürlich nicht hinnehmen. Andererseits hatten Regierung und Radikale Venstre sich auf eine Haushaltsvorlage verständigt, die weitere Einsparungen bei den Staatsausgaben und die von der Glistrup-Partei geforderte Erhöhung des steuerfreien Grundbetrags nicht zuließ. Regierungskoalition und Radikale Venstre zusammen musterten aber nur 74 Abgeordnete, also fehlten mindestens 16 zur (absoluten) Haushalts-Mehrheit. Verhandlungen mit den Sozialdemokraten blieben letztlich auch ohne Ergebnis. Die Sozialdemokraten lehnten es ab, für ein Budget zu stimmen, das Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern erhebliche Kürzungen zumutete. Trotzdem legte der Regierungschef das Haushaltsgesetz zur Abstimmung vor und unterlag gegen die Stimmen der Linksozialisten, Sozialistischen Volkspartei, Sozialdemokraten und Fortschrittspartei. Poul

Schlüter ging daraufhin zur Königin und bat um die Ausschreibung von Neuwahlen.

Die Sozialdemokraten wurden im Wahlkampf wegen ihres Neins zum Budget hart angegriffen. Sie hatten damit nämlich die Tradition gebrochen, daß die Opposition den Haushalt auch dann mitträgt, wenn sie mit seinen Zielen nicht einverstanden ist. Das Land brauche ein genehmigtes Budget, da dürfe auch die Opposition nicht sperren, begründet man diese Tradition. Das ist dänisches Verständnis parlamentarischer Demokratie in nuce, und die Sozialdemokraten hatten das Prinzip auch bisher immer akzeptiert. Erst die Fortschrittspartei hatte da von Anfang an eine Ausnahme gemacht.

Diesmal war aber die Ausgangslage eine ganz andere. Schlüter war der erste Staatsminister, der eine Haushaltsvorlage zur Schlußabstimmung brachte, ohne vorher in Verhandlungen eine Parlamentsmehrheit dafür gesichert zu haben. Für die Opposition ging es also nicht wie früher darum, ein Budget mitzutragen, dessen Annahme sowieso gesichert war. Sie wäre Mehrheitsbeschaffer für eine Vorlage gewesen, die sie in den vorausgehenden Verhandlungen ausdrücklich abgelehnt hatte. Und das ist etwas grundsätzlich anderes.

Erdrutsch im bürgerlichen Lager

Will man das Wahlergebnis analysieren, muß man in zwei Schritten Vorgehen. Da ist zunächst der Block der „Arbeiterparteien“, in dem sich wenig bewegte: Die Sozialdemokraten verloren 1,3 Prozentpunkte und 3 Mandate — hauptsächlich an die Konservative Volkspartei und an die Sozialistische Volkspartei. Letztere erreichten mit 11,5 Prozent (plus 0,2) ein Spitzenergebnis, eroberten aber kein zusätzliches Mandat. Da auch die links von den Volkssozialisten angesiedelten Linkssozialisten ihre Stellung behaupteten und die Kommunisten an der Zwei-Prozent-Klausel scheiterten, ging der „Arbeiterblock“ nur um die Verluste der Sozialdemokraten geschwächt aus dem Ringen um die Wählergunst hervor.

Im bürgerlichen Lager dagegen gab es einen Erdrutsch hin zur Konservativen Volkspartei: plus 8,9 Prozentpunkte und 16 Mandate. Zahlmeister waren die Centrums-Demokraten um den früheren sozialdemokratischen Bürgermeister Erhard Jakobsen, die fast die Hälfte ihrer Stimmen und Mandate verloren, und vor allem die Fortschrittspartei. Deren Gründer und Führer Mogens Glistrup, wegen Steuerbetrugs zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und im Gefängnis Horserød bei Kopenhagen einsitzend, wurde zwar mit hoher persönlicher Stimmenzahl wiedergewählt und saß im Folketing, bis das Parlament erneut feststellte, daß er im allgemeinen öffentlichen Urteil nicht würdig sei, das Amt eines Volksvertreters innezuhaben, und ihn ins Gefängnis zurückschickte. Seine Partei aber verlor fast zwei Drittel ihrer Wählerstimmen und Abgeordneten.

Diese Verluste hatte man allgemein erwartet, denn die Centrums-Demokraten sind

eine typische Wechselwähler-Partei ohne größeren Anhänger-Stamm, und in der Fraktion der Fortschrittspartei war der lange gärende Konflikt zwischen Kompromißlern und Hard-Linern („slappere“ und „strammere“ genannt) aufgebrochen, hatte in öffentliches Hauen und Stechen ausgeartet und zum Austritt von vier Abgeordneten aus der Fraktion geführt — allesamt Kritiker Mogens Glistrups, der sogar aus dem Gefängnis heraus noch versucht hatte, die Fraktion zu bevormunden und auf seinen harten Kurs einzuschwören.

Überraschend waren dagegen der an den Prognosen gemessen mäßige Erfolg der Konservativen sowie die leichten Gewinne der liberalen Venstre und der Christlichen Volkspartei — beides Parteien mit Wähler-Schwerpunkt im ländlichen Raum.

Torben Worre, Politikwissenschaftler an der Universität Kopenhagen, erklärt die Fehlprognosen der Meinungsforscher mit einem gewachsenen Anteil ungebundener Wechselwähler unter den stimmberechtigten Dänen: Eine „Konsumentenhaltung“ greife um sich, die Wähler warteten den Wahlkampf ab und entschieden sich erst anhand der Wahlkampfaussagen und Wahlversprechen — oft genug erst nach der abschließenden Wahlkampf-Runde der Parteivorsitzenden im Fernsehen.

Neuer Wein in alten Schläuchen

Faßt man kurz zusammen, was die Wahl vom 10. Januar '84 an Hauptströmungen gebracht hat, so ist das:

1. Die traditionellen, „alten“ Parteien insgesamt haben ihre Stellung verstärkt, die „Protestparteien“ von 1973 haben Anhang eingebüßt, allen voran die rechten Flügelkämpfer von der Fortschrittspartei.
2. Das labile Gleichgewicht zwischen dem „Bürgerblock“ und dem „Arbeiterblock“, das die ersten 25 Jahre der Nachkriegszeit in Dänemark geprägt hatte, ist wieder in etwa erreicht, dank der Schwächung der Fortschrittspartei.
3. Die traditionellen Bindungen zwischen Wählern und Parteien sind brüchig geworden. Die Stammwähler, früher über zwei Drittel der dänischen Wähler, werden langsam zu einer seltenen Spezies. Man darf sich nämlich von den amtlichen Wahlergebnissen nicht täuschen lassen. Die Brutto-Wanderungen von Wählern zwischen den Parteien sind um ein Vielfaches größer als die Netto-Verschiebungen, die unterm Strich in den Statistiken auftauchen. Das haben zahlreiche Umfragen seit 1971 übereinstimmend gezeigt.

Die Rückkehr zu einer Struktur des dänischen Parteiensystems, das an die 60er Jahre erinnert, ist somit ein Phänotypus, eine Erscheinung an der sichtbaren Oberfläche. Genotypisch, im Kern also, ist dagegen ein Wandel der Wählertypen zu finden. Die Mobilität der dänischen Gesellschaft seit den 60er Jahren, die weg

von Landwirtschaft und städtischer Industriearbeiterschaft und hin zu mehr öffentlichen wie privaten Angestellten im Dienstleistungssektor geführt hat, die in Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand und ländlichen Verdichtungsräumen wohnen — diese Mobilität hat die traditionellen, sozio-ökonomischen Bindungen zwischen Wählern und Parteien gelockert. Die Anhänger der Traditionsparteien heute sind zum großen Teil ein anderer Wählertypus als vor 15 Jahren. Neuer Wein in alten Schläuchen, um ein altes Bild zu gebrauchen.

Was können die Parteien in dieser Lage tun? Ein Ziel, vor zwei Jahren an dieser Stelle skizziert, hat Poul Schlüter erreicht. Mit differenzierter Konfrontationspolitik gegenüber der Fortschrittspartei bei Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien ist es ihm gelungen, die Fortschrittspartei aus ihrer Schlüsselstellung zu drängen und die bürgerlichen Parteien zu einer glaubhaften Regierungsalternative zu den bisher alles dominierenden Sozialdemokraten zu machen. Jetzt läge es an den Parteien, die Wähler wieder enger an sich zu binden. Ist der steigende Wechselwähler-Anteil hauptsächlich ein Resultat der modernen Dienstleistungsgesellschaft, wird ihnen das nur schwer und langsam gelingen. Wenn er aber auch die Folge des ständigen politischen Kuhhandels in den vergangenen zehn Jahren ist, in dem keine der beteiligten Parteien Politik mehr gemäß ihrer Tradition und Programmatik durchsetzen konnte — wenn das so ist, und manches spricht dafür, dann müssen die großen Parteien wieder mehr programmatisch statt allein pragmatisch bestimmte Politik betreiben. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik haben die vergangenen zwei Jahre erste Ansätze in dieser Richtung gebracht.

Nordatlantische Mehrheit

Schlüter hat jetzt die Möglichkeit, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik dort weiterzumachen, wo er im Herbst kurz unterbrochen hatte, um den politischen Kursgewinn seiner Partei mitzunehmen. Zunächst sah es zwar so aus, als ob er wieder keine Mehrheit für seinen Haushalt bekommen könne, ohne bei den Sozialdemokraten oder den Hard-Linern der dezimierten Fortschritts-Fraktion anzuklopfen. Dann aber enthüllte eine Kontrolle der Stimmzettel einen Zählfehler von 100 Stimmen, der der Venstre einen 22. Abgeordneten zu Lasten der Sozialdemokraten einbrachte. Da außerdem auf den Färöern die Sozialdemokraten ihr Mandat an einen Bürgerlichen verloren, hatte Schlüter seine Budget-Mehrheit von 90 Stimmen zusammen: 77 der Regierungskoalition, 10 der Radikalen Venstre sowie drei „nordatlantische Mandate“: zwei von den Färöern, eines aus Grönland.

Damit steht die Rest-Truppe Glistrups im parlamentarischen Abseits, wo sie ihren wieder radikaleren Steuerprotest demonstrieren kann, ohne befürchten zu müssen, beim Wort oder in die Verantwortung für das Überleben einer

bürgerlichen Regierung genommen zu werden. Wie lange die dänischen Wähler sie noch in ihrem Schmollwinkel dulden, bleibt abzuwarten. Die Geschichte der Fortschrittspartei zeigt aber schon heute, daß die Flucht in die Vergangenheit kein Ausweg aus den gesellschaftlichen Problemen von heute ist.

Die Regierung Schlüter wird in den nächsten Jahren weiter mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die *Mehrheit zusammen mit den* Radikalen ist nicht nur äußerst knapp, sondern auch recht unkomfortabel. In der Sicherheitspolitik — Stichwort: NATO-Nachrüstung — halten die Radikalen es nämlich mit den Sozialdemokraten und Sozialisten und sind dagegen. Schon 1983 hatte Schlüter zwei Abstimmungsniederlagen gegen diese Mehrheit erlitten und er wird auch in Zukunft noch manche Kröte schlucken müssen. Hinzu kommen die traditionellen Kopfzerbrechen: hohe Auslandsverschuldung, Leistungsbilanz-Defizit, Staatsschulden und Arbeitslosigkeit. Allein das Problem Glistrup darf als abgehakt gelten.

P.S. Poul Schlüter fragt im Himmel an: „Wann werden wir unsere Auslandsschulden zurückgezahlt haben?“ Gottvater: „In meiner Regierungszeit sicher nicht!“ (Kristen Poulsgaard auf dem Landesparteitag der Fortschrittspartei Mitte Oktober 1983.)

Ausgehend von einer dänischen Fernsehsendung setzte sich Eckhard Bodenstein im letzten „Grenzfriedensheft“ kritisch mit dem Deutschlandbild der Dänen auseinander („Hilfe, die Deutschen kommen!“), In Ergänzung dieses viel beachteten Beitrags bringen wir im folgenden einen Aufsatz des dänischen Volkskundlers und Museumsdirektors George Nellemann, Kopenhagen, der auch Leser der „Grenzfriedenshefte“ ist. Er wendet sich ursprünglich an die nordischen Nachbarländer und beleuchtet schon deshalb das Problem des neuen dänischen Nationalismus aus einer etwas anderen Perspektive.

Die Redaktion

GEORGE NELLEMAN

„Der er et yndigt land ...“¹

Je nach Zeit und Ort kann der Nationalismus sehr verschieden ausgeprägt sein. Es kommt nämlich auf seine Funktion an. Einige Völker benutzen ihn zur Schaffung einer Identität, andere wieder, um die bereits vorhandene Identität zu bewahren.

Junge Völker oder Volksgruppen, die in alten Ländern liegen und nach Selbständigkeit trachten, heben oft die örtliche Volkskultur und besonders die Sprache hervor. Sie führen vielleicht sogar einen Kampf um die offizielle Anerkennung ihrer Sprache. Alte Länder dagegen wie z. B. Dänemark konzentrieren sich mehr darauf, das zu bewahren, was sie bereits haben: die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit von anderen.

Wird das Nationalgefühl in einer Kampfsituation zu einem Kampfmittel und erreicht dieses Nationalgefühl eine gewisse Schlagkraft — was ich hier gar nicht weiter definieren oder messen möchte —, dann spricht man von Nationalismus, und den definieren unsere Nachschlagewerke als „übertriebenes Nationalgefühl“. Das bekannte dänische Nachschlagewerk „Historien“ (1970) beschreibt es so: „Nationalismus beruht auf latent vorhandenen Stereotypen, Einstellungen und Normsystemen, die in Konfliktsituationen zu einer Solidarisierung der Mitglieder einer Gesellschaft untereinander führen und gleichzeitig Spannungen und Aggressionen gegenüber konkurrierenden Gesellschaften oder abweichenden

¹ „Es gibt ein herrliches Land ...“ — erste Zeile der gleichnamigen dänischen Nationalhymne von Adam Oehlenschläger (1819). — Der Artikel von George Nellemann ist unter diesem Titel zuerst in der dänisch-schwedischen Zeitschrift „Invandrare och minoriteter. Tidskrift för politik, forskning och debatt“, 3 (1983). S. 18-23, erschienen. Der Artikel ist leicht gekürzt. Die Übersetzung und einen Teil der Anmerkungen besorgte Eckhard Bodenstein.

Gruppen innerhalb der Gesellschaft hervorrufen.“ Ich will einmal versuchen, Dänemark vor diesem Hintergrund zu betrachten.

Konflikte — mit wem?

Die Definition besagt, daß es sich um konkurrierende Gesellschaften handeln muß. Nationalismus wird also hervorgerufen von anderen Gesellschaften oder Gruppen, gegen die er sich gleichzeitig wendet — sei es im Angriff, sei es in der Verteidigung. Wenn wir uns anschauen, mit wem sich Dänemark im Konflikt (Angriff oder Verteidigung) befunden hat, dann sind es drei Länder, die besonders hervortreten: Schweden, England und Deutschland.

Seit dem Jahre 1000 hat sich Dänemark etwa 370 Jahre lang im Kriegszustand befunden, und zwar allein mit Schweden 134 Jahre lang. Gegen England haben wir 59 Jahre gekämpft, während wir uns mit Deutschland nur 55 Jahre im Kriegszustand befunden haben. Betrachten wir, wann die letzten fünf Kriege endeten, so ergibt sich: Schweden 1809, England 1814 und Deutschland 1850, 1864 und 1945.

Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß der traditionelle Nationalismus, wie es ihn am Ende des vorigen und im größten Teil dieses Jahrhunderts gab, seinen Ursprung im Verhältnis zu Deutschland hat. Die alte Feindschaft mit England und Schweden war vergessen, und zwar nicht nur wegen der dazwischenliegenden Zeit, sondern auch weil Schweden und England die letzten Male an unserer Seite gestanden hatten.

Der Skandinavismus, wie er um 1840 entstand, hat hierzu beigetragen. Dies ging sogar so weit, daß in unserem klassischen Roman über die „Schwedenkriege“ (Carit Etlar: *Gøngehøvdingen*, 1853) alle bösen Taten von deutschen Söldnern ausgeführt werden.

Daß Schweden während des ersten Schleswigschen Krieges (1848-50) Dänemark mit Truppen unterstützte, haben die meisten wohl vergessen, zumal diese Truppen nicht eingesetzt wurden. Dagegen kämpften schwedische und norwegische Freiwillige an der Seite der Dänen. Wer Fritiof Nilsson: „Piraten Bombi Bitt“ gelesen hat, erinnert sich wohl an den Landgendarm in Kivik, Jonas Halshug, der als Freiwilliger auf dänischer Seite eine Goldmedaille und diesen Beinamen erhielt, weil er einem deutschen Husaren den Kopf abschlug, der nicht nach dem Reglement kämpfte, das Jonas als Dragoner in Ystad gelernt hatte.

Der alte Nationalismus

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß der Nationalismus, mit dem wir 40- bis 50jährigen Dänen aufgewachsen sind, gegen Süden gerichtet war. Die Erinnerungen an die Schleswigschen Kriege (1848-50 und 1864) wurden lange wachgehalten.

Vor 1955 wurde der bürgerliche Teil der dänischen Jugend dazu erzogen, gute, christliche, dänisch-„sønderjyske“ Aktivisten zu sein. Nach der Volksabstimmung 1920 über die neue Grenzziehung gab es nämlich eine dänische Minderheit in Südschleswig, der geholfen werden mußte. Viele wollten sie sogar wieder in den dänischen Staatsverband eingliedern, d. h. sie wollten die Grenze an die Eider verlegen.

1920 vereinigten sich die zahlreichen „Sønderjyske Foreninger“ zu der heute noch existierenden „Grænseforeningen“, deren Ziel es ist, „das Dänentum in Nordschleswig, besonders aber südlich der Grenze, mit allen legalen Mitteln geistig und materiell zu fördern.“ Jedes Jahr am 18. April, dem Jahrestag einer der verlorenen Schlachten, wird zu diesem Zweck gesammelt, indem man das „Dybbølmærke“ verkauft: ein in rot und weiß gehaltenes Abzeichen mit der in beiden Schleswigschen Kriegen zerschossenen Düppeler Mühle. Die Auffassungen der Eiderdänen konnten sich jedoch nicht durchsetzen: die verantwortlichen Politiker wünschten keine Verlegung der Grenze, obwohl dies vielleicht 1945 möglich gewesen wäre.

Der alte Nationalismus war also eine bürgerlich-konservative Erscheinung. Damals waren die Sozialisten noch Internationalisten. Dieser Nationalismus manifestierte sich in einer Abrüstungsphase als erhöhte Verteidigungsbereitschaft; er war auf das Königshaus, die Flagge und das Militär gerichtet. Er enthielt so viele Relikte aus den Schleswigschen Kriegen, daß die Karikaturisten eine zeitlang die konservativen Politiker in Uniformen jener Kriege darstellten, und wir kennen ja heute noch den Begriff „Der Geist von '48“.

Ja, wir gedenken dieser Kriege jedes Jahr, wenn wir den Weihnachtsbaum schmücken: mit Trommeln und Trompeten, wie die tapferen Landsoldaten sie hatten.

„Vaj højt, vaj stolt, vaj frit vort flag“²

Einen eigentlichen Nationalfeiertag haben wir nicht. Manche werden vielleicht den oben erwähnten Düppel-Tag für einen solchen halten, andere denken eher an den Tag des „Grundgesetzes“ („Grundlovsdag“) am 5. Juni, und wieder andere versuchen, den „Valdemarsdag“ zum Nationalfeiertag zu machen.

Am „Valdemarsdag“ feiern wir unsere Fahne, den Dannebrog, und dies hängt mit der folgenden Geschichte zusammen, die wir in der Schule lernen, die aber außerhalb Dänemarks kaum bekannt ist: der Sage nach fiel am 15. Juni des Jahres 1219 der Dannebrog vom Himmel, als König Waldemar II. — auch genannt

² „Wehe hoch, wehe stolz, wehe frei — unsere Fahne“. Dies ist die erste Zeile des gleichnamigen Liedes des Dichters Carsten Ploug. Es wurde zum ersten Mal bei der Fahnenweihe des „Akademisk Skyttekorps“ 1867 gesungen.

„Valdemar Sejr“ (d. h. „Sieg“) — sich mit seinem Invasionsheer im Kampf gegen die Esten bei Reval am Rande einer Niederlage befand. Da ertönte eine himmlische Stimme, die kundtat, die Dänen würden siegen, wenn sie nur diese Fahne ihren Feinden entgegenhielten.

Im Jahre 1219 siegte Waldemar tatsächlich, aber seitdem hat der Dannebrog nicht immer diese Wirkung gehabt. Dennoch werden jedes Jahr am „Valdemars-dag“ kleine Flaggen verkauft. Die Einnahmen werden dazu verwendet, Fahnen für private Schulen, für Vereinigungen und ähnliche Gruppierungen anzuschaffen. Die Organisatoren dieser Aktion, „Danmarks Samfundet“, verschenken jährlich etwa 300 Banner und 500 Flaggen — auf Antrag. Vielleicht glaubt man nun, das Interesse an unserem nationalen Symbol habe abgenommen, da wir ja alle Europäer sein sollen. Aber da irrt man sich gewaltig. Die eingesammelten Beträge am „Valdemarsdag“ sind nicht einmal groß genug, um die Nachfrage zu decken. Wenn auch das Interesse an der Fahne nicht zurückgeht, so befindet sich doch die zweite nationale Manifestation, „fædrelandssangene“ (d. h. die vaterländischen Lieder), auf dem Rückzug. In den Kreisen der „Folkehøjskoler“ werden sie zwar noch gepflegt, aber in den meisten Schulen und als täglicher Abschluß der Sendungen von Danmarks Radio sind sie verschwunden. Die Nationalhymne („Der er et yndigt land“) und die Königshymne („Kong Kristjan stod ved højen mast“) werden jetzt nur noch an besonderen nationalen Gedenktagen und an Geburtstagen der königlichen Familie gespielt.

„I Danmark er jeg født, der har jeg hjemme“³

Unsere älteren vaterländischen Lieder — neuere gibt es eigentlich nicht — sind bei näherer Betrachtung ganz interessant. Sie weisen die „latent vorhandenen Stereotypen, Einstellungen und Normsysteme“ auf, die in der oben genannten Definition enthalten sind, nämlich welche Auffassung wir von uns selbst und unserem Land haben: zwar sind wir ein kleines Volk, aber dafür haben wir viele gute Seiten. Besonders die Bauern und Seeleute unter uns sind gute, ehrliche und tüchtige Menschen. Hier könnte man unsere Nationalhymne zitieren, in der die Schönheit des Landes gepriesen wird:

Der er et yndigt land,
det står med brede bøge
nær salten østerstrand.⁴

Aber auch das lange gemeinsame historische Erbe wird hervorgehoben:

³ „In Dänemark bin ich geboren, dort bin ich zuhause.“ — die erste Zeile des gleichnamigen Liedes von H. C. Andersen (1850).

⁴ „Es gibt ein herrliches Land, wo mächtige Buchen am salzigen Ostseestrand stehen.“ (siehe Anm. 1)

Danmark, i tusind år,
længer end saga når
vor stammes arv...
Danmark, i tusind år
søhavn og bondegård
og frie mænds arv.⁵

Wie die Schweden gedenken wir unserer einstigen Größe:

Engang var du herre i hele Norden,
bød over England, nu du kaldes svag,
et lille land, og dog så vidt om jorden
end høres danskens sang og mejselslag.⁶

Wer in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht der bürgerlich-nationalen Indoktrinierung ausgesetzt gewesen ist, könnte Mühe haben, diese Zeilen zu verstehen. „Sangen“ spielt auf den dänischen Komponisten Carl Nielsen an, und die „mejselslag“ sind diejenigen des Bildhauers Bertel Thorvaldsen. Außerhalb Dänemarks sind beide aber nicht so weltberühmt, wie wir Dänen meinen. Damals war es auch eine klare Sache für uns, daß Dänemark das beste Bier, die beste Butter, den besten Käse, den besten Schinken und die besten Maschinengewehre der Welt herstellte. Außerdem führte Dänemark die beste Kolonialpolitik.

Unsere Sozialpolitik hat ebenfalls ihren Platz in unseren vaterländischen Liedern. Das Hauptthema eines Liedes ist, daß es größere, reichere, klügere, vielleicht sogar schönere Länder gibt, aber daß die Dänen doch alles haben, was sie brauchen. Die letzte Strophe dieses Liedes endet so:

... og da har i rigdom vi drevet det vidt
når få har for meget, og færre for lidt.⁷

Von vielen wurde dieses Lied wohl als eine Zustandsbeschreibung aufgefaßt. Tatsächlich aber drückt das obige Zitat einen Wunschtraum aus. Diese Zeilen stammen nämlich aus dem Jahre 1820.

Ich möchte noch hinzufügen, daß alle obigen Zitate dem „Sangbog for forsvaret“,⁸

⁵ „Tausendjähriges Dänemark, das Erbe unseres Stammes reicht weiter zurück als die Sagas ... Dänemark, tausend Jahre lang Hafen und Bauernhof und das Erbe freier Männer.“ — dem gleichnamigen Lied von Valdemar Rørdam (1917) entnommen.

⁶ Du herrschtest einmal über ganz Skandinavien und England; heute nennt man dich schwach, ein kleines Land, und doch hört man auf der ganzen Welt den Gesang und den Meiselschlag der Dänen.“ (s. o. Anm. 1)

⁷ „... und dann erst sind wir wirklich reich, wenn wenige zu viel und noch weniger zu wenig haben.“ — Schlußzeilen aus N. F. S. Grundtvig „Langt højere bjerge ...“ („Viel höhere Berge ...“) von 1820.

⁸ „Soldatenliederbuch“

herausgegeben 1959 vom dänischen Verteidigungsministerium, entnommen sind. (Dieses Liederbuch ist bei späteren Einberufungen mitzubringen.) Es enthält u. a. 35 vaterländische Lieder: 31 dänische Lieder sowie die finnische, die isländische, die norwegische und die schwedische Nationalhymne.

Das Thema „Schleswig“ tritt in den Hintergrund

Einige Leser haben sich vielleicht darüber gewundert, daß ich sagte, die bürgerliche Jugend sei bis 1955 zu „sønderjyske aktivister“ erzogen worden. Dies ist nicht etwa ein Schreibfehler für 1945 oder 1940.

Mit den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen von 1955 über die Rechte der Minderheiten entspannte sich nämlich die Lage im Grenzland mit seinen beiden Minderheiten, der deutschen und der dänischen. Seitdem, so sagt man, hat sich der nationale Kampf zu einem friedlichen, kulturellen Wettbewerb entwickelt. Oder etwas vereinfacht gesagt: ein Wettbewerb darum, wer die besseren Konzerte arrangiert. In Wirklichkeit ist es natürlich etwas komplizierter, aber darauf kann ich hier nicht eingehen. Die Dinge sehen ja recht verschieden aus, wenn man sie von den Hauptstädten aus betrachtet oder vom Grenzland aus sieht. Auch das Alter spielt eine Rolle.

Dies hat auch etwas mit der Europäischen Gemeinschaft, Fernsehstationen und Sperrklauseln bei Parlamentswahlen zu tun. Eines steht jedoch fest: die schleswigsche Frage beschäftigt die dänische Bevölkerung nicht mehr so wie früher. Ganz anders verhält es sich dagegen mit der Europäischen Gemeinschaft, auf dänisch meist „EF“ oder „Fællesmarkedet“ genannt.

Der neue Nationalismus

Es gibt immer noch Nationalismus in Dänemark, aber es ist jetzt alles viel komplizierter. Der Zweite Weltkrieg und der sich anschließende „kalte Krieg“ haben viele Begriffe auf den Kopf gestellt. Alte Feinde wurden nun Freunde, und die konservativen Parteien öffneten sich mehr nach außen, während die Linksparteien nationaler wurden.

Das hat natürlich etwas mit Geld zu tun: die neuen Konservativen stehen mit Industrie und Handel in Verbindung und sind deshalb der Europäischen Gemeinschaft gegenüber positiv eingestellt. Die neuen sozialistischen Parteien dagegen fürchten das Großkapital. Die Sozialdemokraten, die einst die Abrüstung auf ihre Fahnen geschrieben hatten, plädieren seit dem „kalten Krieg“ für erhöhte Verteidigungsbereitschaft. Dabei scheint sich der sozialdemokratische Internationalismus auf Westeuropa zu konzentrieren.

Die geographischen Bezeichnungen sind ebenfalls ins Wanken geraten. Dies gilt insbesondere für den Begriff Europa. Geopolitisch wird Schweden heute kaum noch zu Europa gezählt; als Mitglied der NATO gehört Norwegen aber noch dazu.

Man könnte die dänische Bevölkerung in drei Gruppen einteilen: die „Europäer“, die „Skandinavier“ und die „Weltbürger“. Zu der letztgenannten Gruppe gehören die jungen Leute. Der Nationalismus, wie ich ihn heute erlebe, ist vor allem unter den „Skandinaviern“ zu finden, und er ist wohl eher nordisch als eigentlich dänisch. Er ist bei den Menschen anzutreffen, die eine nordische Verteidigungsunion anstelle der NATO und einen NORDEK anstelle der Europäischen Gemeinschaft gewünscht hätten. Das Nordische ist für sie der Gegenpol zum (Mittel-)Europäischen.

Von einem europäischen Blickwinkel aus betrachtet könnte man diese skandinavisch-nordische Ausrichtung vielleicht als Regionalismus bezeichnen. Dieser Regionalismus kommt in einer häufig die Eigenständigkeit betonenden Grundeinstellung zum Ausdruck, so daß wir im Rahmen der „europäischen“ Zusammenarbeit als „halbherzige Europäer“ bezeichnet werden. Und diese Halbherzigkeit hat zwei Aspekte: zum einen wagen es unsere Europapolitiker meiner Meinung nach nicht, sich für den Integrationsgedanken einzusetzen, da sie den Nationalismus ihrer Wähler fürchten; zum anderen haben viele bei der Volksabstimmung über unseren Beitritt zur EG nur aus wirtschaftlichen Gründen und ohne Begeisterung mit Ja gestimmt.

In einem Punkt möchte ich unserem europäisch eingestellten Außenminister Uffe Ellemann-Jensen recht geben, wenn er nämlich sagt, daß er von den Berechnungen der Anti-EG-Wirtschaftswissenschaftler nichts hält, die da behaupten, außerhalb der EG ginge es uns besser; aber die grönländische Auffassung („Wir wollen die EG verlassen, obwohl wir dadurch wirtschaftliche Nachteile haben.“) respektiert er (vgl. meinen Beitrag „EEC ud af Grønland“, in: *Invandrere & Minoriteter* 3/1982).

Dänemark fühlt sich durch die Bildung eines großen gemeinsamen Marktes im Süden und dessen Harmonisierungsbestrebungen unter Druck gesetzt. Die Pessimisten befürchten, wir könnten als Freizeitreservat für die Industriearbeiter Mitteleuropas enden, wo wir Sommerhäuser vermieten, Volkstänze tanzen und Eis am Stiel verkaufen.

Die EG-Gegner haben die dänische — oder die nordische — Fahne wiederentdeckt. Sie sehen mit Sorge, wie unsere nordischen Nachbarn uns in zunehmendem Maße als kleines Anhängsel Mitteleuropas betrachten, was wir naturgeographisch ja sind. Worauf das alles hinausläuft, ist natürlich schwer zu sagen. Aber eines ist ganz sicher: es ist nicht die Vorherrschaft Luxemburgs, die man fürchtet.

„Abweichende Gruppen“

In der oben genannten Definition hieß es auch: „Aggressionen gegenüber abweichenden Gruppen in der Gesellschaft“. In der Zeit des „alten“ Nationalismus

gab es nicht sehr viele von diesen Abweichlern. Es war Teil unserer nationalistischen und moralisch hohen Selbsteinschätzung, daß wir sagen konnten: „Rassendiskriminierung kennen wir nicht“. Dies traf jedoch nur insofern zu, als es bei uns niemanden gab, den wir hätten diskriminieren können. Und die Fremden, die sich bei uns niederließen, wurden hier nicht besser behandelt als an anderen Orten, und es spielte keine Rolle, ob es Juden, Schweden oder Polen waren.

Wenn wir sie brauchten, wurden sie anständig behandelt. In Krisenzeiten sah es jedoch ganz anders aus: sie wurden zu Sündenböcken, sie waren eine Last, und man versuchte, sie auszuweisen. Die Geschichte wiederholt sich nun mit den Gastarbeitern unserer Zeit.

Die dänische Arbeiterbewegung hat immer ein zwiespältiges Verhältnis zu den fremden Arbeitern im Lande gehabt: auf der einen Seite gehörten sie auch zur Arbeiterklasse, und deshalb mußte man ihnen helfen; auf der anderen Seite stellten sie bei den Arbeitskämpfen ein Hindernis dar, denn in Krisenzeiten waren sie Konkurrenten um die vorhandenen Arbeitsplätze und konnten als Lohndrücker und Streikbrecher eingesetzt werden.

Diese Fremdenfeindlichkeit enthielt und enthält Elemente des Rassismus und Nationalismus. Wer dunklere Haut und dunklere Haare als der Durchschnittsdäne hat, kann dies deutlich verspüren. Und man kann es lesen an Mauern, Zäunen und auf öffentlichen Toiletten. Die Klischees verstärken sich, und das gilt auch für die klischeehaften Vorstellungen, die wir von uns selber haben.

Unser neuester „Fædrelandssang“ „Dansken er en dejlig mand“⁹ ist ironisch gemeint. Ich will auch den Verfassern gar nicht vorwerfen, daß sie selber etwa meinen, was sie schreiben. Aber ich befürchte doch, daß dieses Lied verdeckte Einstellungen ausdrückt, zu denen sich niemand offen bekennen möchte. (Vielleicht wollen die Verfasser, die Gruppe „Shu-bi-dua“, diese Einstellungen anderen in den Mund legen.) Eine Strophe lautet:

Der findes andre mensker end dem der er danske
De bor i huler og slås hele da'n
Det har vi ligodt aldrig gjort
De varme lande er noget lort.¹⁰

„De varme lande er noget lort“ drückt meiner Meinung nach eine nationalistische Grundeinstellung aus, die besagt, daß wir besser sind als die Schwarzhäutigen. Wir sind tüchtiger, ehrlicher und gründlicher, und wir halten Abmachungen ein. Dies sind die Positivklischees, die wir von uns selber haben (und gleichzeitig

⁹ „Der Däne ist ein prima Kerl.“

¹⁰ Es gibt andere Menschen als die Dänen. Sie wohnen in Erdlöchern und haben ständig Streit. So etwas haben wir dagegen nie getan. Die südlichen Länder sind beschissen.

unsere Negativklischees von den gründlichen Deutschen).

Die Menschen aus „de varme lande“ sind unzuverlässig, halten Abmachungen nicht ein und sind letzten Endes nicht besonders vertrauenswürdig. Das sind unsere Klischees von den „Fremden“, wobei wir jedoch bei den Norwegern und Schweden eine Ausnahme machen. Die Finnen dagegen sind zwar tüchtig, sehr fleißig und ehrlich, aber dafür ist da etwas mit Alkohol und Messerstechereien. Erst kürzlich kam diese Grundeinstellung zu „de varme lande“ in der Äußerung einer unserer europäischen Spitzenpolitikerinnen zum Ausdruck. Die sozialdemokratische Europa-Abgeordnete Eva Gredal sagte: „Wir halten die Römischen Verträge ein, aber das tun die Italiener nicht.“

Die Menschen aus „de varme lande“ leben in einer kalten Zeit. Und das gilt auch für die Grönländer in Dänemark, denn sie haben schwarze Haare. Man sagt, es sei auch eine kalte Zeit für die Dänen in Grönland angebrochen.

Vermutlich ist Grönland zur Zeit der Teil des dänischen Gesamtstaates („Rigsfællesskabet“), in dem wir den stärksten Nationalismus vorfinden. Aber das ist eine andere Geschichte. Grönland ist dabei, seinen Platz in der Welt zu finden, und da benötigt man etwas, das eint.

Harro Harring und der deutsche Sonderweg 1848-1933¹¹

Revolutionäre Freiheitskämpfer haben es in Deutschland immer schwer gehabt. Sie wurden nicht nur zu Lebzeiten verfolgt; auch die obrigkeitshörige Geschichtsschreibung, die jahrzehntelang tonangebend war und es sich zur Aufgabe machte, die Taten und Untaten von Königen und Feldherren zu verherrlichen, hatte kein Interesse daran, die Erinnerung an konsequente Demokraten wachzuhalten, die die Bevölkerung aufriefen, sich von der Bevormundung durch die Herrschenden selbst zu befreien. Es ist jedoch angebracht, die Worte des verstorbenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann zu beherzigen, der die Historiker aufforderte, den Besiegten ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und die längstentschwundenen Streiter für eine freiheitliche und soziale deutsche Republik zum Untersuchungsgegenstand zu machen. Nur durch die Aneignung des lange vernachlässigten, unterschlagenen und unbeachteten demokratischen Erbes kann die deutsche Geschichtsforschung neue, zukunftsweisende Perspektiven eröffnen und in wissenschaftliches Neuland vorstoßen, das es zu entdecken lohnt. Und wer gäbe ein besseres Studienobjekt ab als der nordfriesische Freiheitsenthusiast Harro Harring, der den Emanzipationskampf der Völker gegen die traditionellen fürstlichen Gewalthaber nicht nur in den Mittelpunkt seines literarischen Schaffens stellte, sondern die Lösung der Zeitprobleme auch durch eigenen unermüdlichen Einsatz in den Brennpunkten des Geschehens voranzutreiben suchte? Sein Ziel war die Errichtung eines gesamteuropäischen, auf Freiheit, Moral und Humanität beruhenden Bundes gleichberechtigter Republiken. Diese politische Zielsetzung war zu Harrings Lebzeiten utopisch, und zweifellos hat die Erfolglosigkeit seines Kampfs, die ununterbrochene Kette seiner privaten und politischen Niederlagen die in seinem Charakter angelegten neurotischen und psychopathischen Züge noch verstärkt. Obwohl aber seine sozialen Sehnsüchte und politischen Entwürfe zu seinen Lebzeiten nicht eingelöst wurden, obwohl er am Ende verzweifelt und an sich selbst irre geworden Selbstmord beging, muß er ernst genommen und darf nicht lediglich als ein gescheiterter Phantast angesehen werden. Der Historiker muß sich davor hüten, die Leistungen von Vorkämpfern emanzipatorischer Bewegungen an ihrem kurzfristigen Erfolg zu messen.

¹¹ Vortrag, gehalten in Husum am 6. 2. 1984, auf Einladung des Nissenhauses, der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft (Sektion Husum) und der Harro-Harring-Gesellschaft.

Der rastlos umhergetriebene exzentrische Außenseiter und egozentrische Einzelgänger Harro Harring ist für uns heute vor allem deshalb von Belang und Interesse, weil er als eine Art gesellschaftlicher Seismograph gelten kann, der künftige soziale Erschütterungen bereits registrierte, als sie kaum in ersten Ansätzen spürbar waren. Drei miteinander verflochtene Probleme waren es, mit denen er dichterisch und existentiell rang, ohne einen Ausweg zu finden. Es war erstens seine Erkenntnis, daß die der Marktgesellschaft immanente Hetzjagd nach privatem Profit die Individuen atomisiert, entwurzelt und verfeindet, so daß infolge dieser allgemeinen Entfremdung Sittlichkeit und Moral, Solidarität und Bruderliebe, also all jene Werte verloren gehen, ohne deren Bewahrung niemand die in ihm schlummernden Talente und Fähigkeiten verwirklichen und zur Blüte gelangen lassen kann. Es war zum zweiten seine lebenslange Sehnsucht nach einer ihm gemäßen seelischen, geistigen und politischen Heimat, einer Sehnsucht also, die der heute aktuellen Suche nach den Wertvorstellungen der Vorväter, nach den Fundamenten und Wurzeln der eigenen Herkunft ähnlich ist; und es war schließlich sein Kampf gegen die herrschenden politischen Reaktionäre in den Teilstaaten des Deutschen Bundes, die das Volk von der breiten Straße des Fortschritts und der Menschheitsverbrüderung ablenkten und auf einen gefährlichen Sonderweg führten, der, wie Harring zurecht erkannte, in die Sachgasse finsterner Barbarei münden mußte.

Lassen Sie mich diese drei Momente von Harrings Denken kurz skizzieren. Er ahnte, daß die Ursache seiner eigenen und der allgemeinen Entfremdung, Isolierung und Vereinsamung in dem sich vor seinen Augen ausbreitenden kapitalistischen Konkurrenzsystem lag, das das alte Sozialnetz feudaler Bindungen und urtümlich gewachsener Korporationen zerriß und auflöste. Mit ohnmächtigem Schrecken sah Harring, der ein sentimentaler, verträumter Mensch war und — wie Karl Marx über ihn gehässig sagte — eine „gründliche Verachtung gegen den gemeinen bürgerlichen Erwerb“ hatte, wie jeder einzelne der anonymen und unheimlichen Macht des Marktes ausgeliefert war, der in der leistungs- und profitorientierten Wettbewerbsordnung alle menschlichen Beziehungen regelt. Man kann Harring mit Recht als einen frühen Vorläufer heutiger Protestbewegungen bezeichnen, als einen „Aussteiger des 19. Jahrhunderts“, denn ähnlich wie manche sogenannten „Verweigerer“, die sich etwa in der Partei der „Grünen“ finden, verabscheute er all jene, die materielle Güter anhäuften und damit falschen Götzen opferte — oder, um mit Harrings eigenen Worten zu sprechen,

Die nicht zum Geist und zur Idee sich halten.

Die Bel und Baal und Mammon nur anbeten.

In einigen seiner Dichtungen zog Harring eine Parallele zwischen seinem eigenen Schicksal als verstoßener Visionär der Freiheitsbotschaft und den biblischen

Verkündern der Zukunft:

Habt ihr den Geist der Bibel wohl erwogen?
Was waren wohl die sämtlichen Propheten?
Damal'ger Zeit gar arge Demagogen;
Für Volkstum hochbegeisterte Poeten.
Was waren die Apostel? — Heimatlose,
Geächtete, Verbannte, duldend, leidend.
Erstarkt und fest an ihrem harten Lose,
Im Geiste schroff sich vom Gemeinen scheidend.

In dieser letzten Zeile wird ein Elitarismus, ein Gefühl der Auserwähltheit spürbar, das *auch* zu Harrings Charakterzügen gehörte und das die Kehrseite seiner Volksverbundenheit, seiner Liebe zu den Bauern, Handwerkern und Fischern seiner nordfriesischen Heimat bildet, die er in seiner Kindheit kennengelernt hatte. Damit bin ich beim zweiten vorhin erwähnten Gesichtspunkt von Harrings Vorstellungswelt angelangt. Sein Regionalismus, seine enge seelische Bindung an Nordfriesland, ist unverkennbar und von manchen seiner Biographen überbetont worden; besondere Bedeutung erhielt er in Harrings Rede am 23. Juli 1848 auf dem Marktplatz zu Bredstedt, als er nicht nur kulturelle Autonomie, sondern sogar politische Selbständigkeit für eine eigene nordfriesische Republik forderte. Diese Losung war ebenso unrealistisch und undurchführbar wie sein vehementer und vergeblicher Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die damals eben ihren Siegeszug anzutreten begann. Aber obwohl Harrings Forderungen nach lokaler Selbstgenügsamkeit und politischer Unabhängigkeit Nordfrieslands donquichottehafter Züge nicht entbehrten, muß man konstatieren, daß er auch hier Vorstellungen von Regionalbewegungen visionär vorwegnahm, die heutzutage in vielen Gebieten Europas, im Baskenland und in der Provence, in Nordirland und Sizilien, in Korsika und Schottland, für sprachliche, kulturelle, ja sogar politische Autonomie eintreten und sich in ihrem Selbstverständnis und ihren Aktionen ebenso als Revolutionäre empfinden, wie es Harring vor vier Generationen war.

Sind bei diesen ersten beiden Problemkreisen — nämlich seinem Widerstand gegen den unaufhaltsamen Gang des alle früheren Gesellschaftsformationen zerschmetternden Kapitalismus und bei der Suche nach den untergründigen Wurzeln seines Menschseins und Volkstums — progressive und regressive Elemente unlöslich miteinander verwoben, so war sein Kampf gegen die politische Reaktion eindeutig fortschrittlich, obwohl er die ideologischen Momente überschätzte und ihm die unaufhebbaren Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, die Interessengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat verborgen blieben. Sein unerschütterlicher Republikanismus jedoch, seine Erkenntnis, daß nur ein durch allgemeines Stimmrecht gewähltes Parlament die Interessen der

Bevölkerung adäquat wahrnehmen könne, sein Beharren auf nationalem Selbstbestimmungsrecht, Volkssouveränität und unveräußerlichen Menschenrechten machen Harring zu einem Visionär und Wegbereiter unserer Epoche. Schon wegen seiner Warnungen vor dem deutschen Sonderweg, dessen Gefahren er früh erkannte, ist er wert, in die Ahnenreihe der demokratischen Traditionen eingefügt zu werden.

Gestatten Sie, daß ich den Begriff des deutschen Sonderwegs, der vielleicht nicht allen geläufig ist, erkläre. Er besteht im prinzipiellen Gegensatz zwischen der politischen Entwicklung in Deutschland einerseits und derjenigen in den westlichen Ländern, nämlich den Niederlanden, England, den Vereinigten Staaten und Frankreich andererseits. Bei diesen vier Nationen erhoben sich bürgerliche Revolutionäre, die von den Volksmassen tatkräftig unterstützt wurden, gegen die fürstlichen Unterdrücker und entrissen ihnen in revolutionären Kämpfen die Staatsmacht. Dadurch vermochten sie einen Weg zu beschreiten, der die freiheitlichen Rechte der Staatsbürger verfassungsmäßig verankerte und zu parlamentarischer Demokratie führte. Die Niederlande waren das erste Land Europas, das eine Revolution siegreich vollzog, indem die Bürger der See- und Handelsstädte die Fremdherrschaft der spanischen Krone überwandten; im englischen Bürgerkrieg besiegte das vom aufständischen Parlament angeworbene Heer die Truppen des Königs, der sich zum absoluten Herrscher aufwerfen wollte, und der Revolutionsführer Oliver Cromwell ließ nach seinem Sieg König Karl I. zum Tode verurteilen und hinrichten; im nordamerikanischen Unabhängigkeitskampf gegen die englische Krone griffen die Revolutionäre zu den Waffen, bevor sie mit der Proklamation der Selbständigkeit der Vereinigten Staaten für zahllose Verfolgte und Unterdrückte aus vielen Ländern einen Rettungshafen schufen; in Frankreich schließlich richteten die drei aufeinanderfolgenden Nationalversammlungen ihre Befreiungslosungen nicht nur ans eigene Volk, sondern an die gesamte Menschheit. Die Jakobiner, die König Ludwig XVI. und andere Konterrevolutionäre verurteilen und hinrichten ließen, organisierten in einem gewaltigen nationalen Aufschwung die Volksbewaffnung und führten die Sansculottenheere zum Sieg. Diese Umwälzungen, die also die traditionellen *Gewalthaber* mit *Gewalt* vertrieben, beschleunigten die notwendige soziale Mobilität, brachten fähige Staatsmänner des Bürgertums in verantwortliche Positionen und eröffneten zukunftsreiche und vorwärtsweisende Perspektiven. In Deutschland hingegen, wo die Erhebung der Bauern schon Anfang des 16. Jahrhunderts von den Fürsten blutig niedergeschlagen worden war, vermochte das Bürgertum nicht, die politische Macht zu übernehmen. Die Zersplitterung des Reichs in über dreihundert selbständige Territorien, die sich aus den zahllosen Binnengrenzen und ständischen Privilegien ergebende wirtschaftliche Engrüstigkeit, sowie der fürstliche Merkantilismus, der die Initiative der

Unternehmer in engen Grenzen hielt, verhinderten die Ansammlung bedeutender *Kapitalien* in Händen des Bürgertums, die in den Niederlanden, England und Frankreich die Voraussetzung des erfolgreichen Kampfs um die Staatsmacht gewesen waren.

Da es den deutschen Jakobinern nicht gelang, die demokratischen Errungenschaften Frankreichs, nämlich Volkssouveränität, persönliche Freiheit und politische Gleichheit, durch eine eigenständige Revolution auf Deutschland zu übertragen, da andererseits das mittelalterliche Feudalungetüm des „Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation“ nicht lebensfähig war, mußte die Regenerierung und Modernisierung Deutschlands von außen kommen. Napoleon Bonaparte, der gekrönte und gestiefelte Erbe und Testamentsvollstrecker der Französischen Revolution, war es, der die gesellschaftlichen Grundlagen der nationalstaatlichen Entwicklung Deutschlands schuf, indem er anstelle des permanenten *inneren* Terrors in Frankreich den *äußeren Terror*, nämlich den *Krieg*, setzte. Er fegte in den deutschen Teilstaaten und auch sonst in Europa die Privilegienordnung so weit hinweg, als es nötig war, um der französischen Bourgeoisie eine zeitgemäße Umgebung auf dem europäischen Markt zu verschaffen. Napoleons Zertrümmerung der alten Zwingburgen der Feudalherren und der Klöster der Ordensherren, die Einführung seines Gesetzbuchs in den Rheinbundstaaten, die Stärkung bürgerlicher Wirtschaftsmacht im Rheinland, die Vernichtung zahlloser Vorrechte des Adels und des Klerus, die Zerstörung der Ghattomauern, die Modernisierung der Justiz, der Verwaltung und des Unterrichtswesens entsprachen zwar dem historischen Fortschritt und den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung; da aber diese Fortschritte nicht — wie in der autonomen bürgerlichen Revolution Frankreichs und ähnlich in den früheren Umwälzungen der Niederlande, Englands und der Vereinigten Staaten — von den Volksmassen selbst erkämpft worden waren, erlebte die Bevölkerung der deutschen Teilstaaten den revolutionären Wandel nicht als einen grandiosen Akt der Selbstemanzipation von den alten Gewalten, sondern als eroberungslüsterne Aggression und Fremdherrschaft. Die Unterdrückungsaspekte der französischen Hegemonie rückten in den Vordergrund und die deutsche nationale Frage wurde nicht im demokratischen Sinne gelöst.

Der deutsche Sonderweg begann also an einem der wichtigsten Knotenpunkte der nationalen Entwicklung, als die ersten industriekapitalistischen Unternehmen das gesellschaftliche Antlitz zu verändern begannen und die alten religiösen Bindungen sich lockerten. Da die Aufklärung, die in die Revolution gemündet war, im Bewußtsein vieler deutscher Zeitgenossen nichts anderes zuwege gebracht hatte als den Terrorismus Robespierres und die Gewaltherrschaft des Eroberers Napoleon, fiel bei der Entstehung der modernen deutschen Nation dem

antirationalistischen, antirevolutionären und vergangenheitsbezogenen politischen Romantik die ideologische Patenschaft zu. Die romantischen Denker behaupteten, daß die vom Westen kommenden Grundsätze des Widerstandes gegen die Obrigkeit, der unveräußerlichen Menschenrechte und der unübertragbaren Volkssouveränität dem deutschen Wesen fremd seien und zum deutschen Volkscharakter in Widerspruch stünden. Ihre Auffassungen kamen den Wünschen der Gottesgnadenherrscher entgegen, die das Bürgertum weiterhin in politischer Unmündigkeit halten wollten. In den „Befreiungskriegen“ gelang es den Partikulargewalten, das Staatsruder in der Hand zu behalten und die Heere des zeitweiligen Beherrschers Kontinentaleuropas mit Hilfe russischer Truppen zu überwältigen. Die patriotischen Kämpfer gegen die Franzosenherrschaft erlangten nicht die ersehnte Freiheit, sondern *befreiten* bloß *ihre Fürsten* von der Oberhoheit Napoleons. Der *bürgerliche Vorstoß* Frankreichs nach Mitteleuropa, der die fortschrittlichen Errungenschaften ermöglicht und den Schutt des Mittelalters hinweggeräumt hatte, wurde durch den vom zaristischen Rußland angeführten *feudalen Rückstoß* gehemmt. Das deutsche Volk, für das die Revolution kein eigenes Produkt, sondern ein Importartikel gewesen war, wurde zum Opfer der Restaurationspolitik der sogenannten „Heiligen Allianz“, wobei Preußen, der wichtigste deutsche Teilstaat, die Funktion eines willigen Erfüllungsgehilfen Rußlands übernahm, wo der zaristische Selbstherrscher unumschränkt über hundert Millionen leibeigener Bauern gebot.

Harro Harring, der für die Befreiung der Völker von ihren Unterdrückern schon als Burschenschafter, dann in der philhellenischen Legion in Griechenland gekämpft hatte, wußte besser als viele andere seiner Zeitgenossen, daß die preußische Politik weitgehend von den Interessen der reaktionären Zarenherrschaft abhängig war, denn er hatte in den beiden Jahren, die er in Polen verbracht hatte, erkannt, daß die gemeinsame Unterdrückung des polnischen Volkes der Kitt war, der die beiden absoluten Herrscher, den Preußenkönig und den Zaren, miteinander verband. Schon im Jahre 1832, also zwei Jahre, bevor sich Preußen an die Spitze des neuerrichteten „Zollvereins“ stellte, verurteilte Harring in seiner Gedichtsammlung „Männerstimmen zu Deutschlands Einheit“ die Absicht der preußischen Politik, durch *wirtschaftliche* Vereinigung der deutschen Teilstaaten die *politische* Hegemonie Preußens in Mitteleuropa zu erlangen. Im Gegensatz zu anderen oppositionellen Schriftstellern jubelte Harring *nicht* dem Zollverein zu, sondern erkannte, daß seine Errichtung dem militaristischen, vom erzreaktionären Rußland abhängigen Preußen zugute kommen werde, wo jedes freie Wort verboten und die Demokraten als „Demagogen“ verfolgt und in die Kerker geworfen wurden. Im Gedicht „Die königlich preußische Mautkette“ Harrings hieß es:

Preußen will dem Zeitgeist folgen:

Deutschland soll vereinigt sein.
Hol' der Teufel heut noch solchen
Niederträcht'gen Zollverein!

Deutschland soll ein Ganzes werden
Unter preußischem System;
Unter knechtischen Beschwerden
Liegt's der Knute sehr bequem.

Preußen ist schon russisch worden,
Russisches Gouvernement —
Und gen Süden aus dem Norden
Dehnt sich aus der Kettenzwang.

„Daß der seelenjute König
Man recht viel Patronen kaufe“
Und sein Volk, ganz untertänig
Kron-leibeigne Preußen taufe.

Wohlbezahlte Zollbeamte
Sollen Bücher kontrollieren.
An der Grenze die verdammte
Preußische Zensur vollführen!

Preußen will dem Zeitgeist folgen,
Deutschland soll *gar preußisch* sein;
Hol' der Teufel heut noch solchen
Niederträcht'gen Zollverein.

Mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1840 gelangte ein von seinem Gottesgnadentum und von romantischen Großmachtsträumen durchdrungener Herrscher zur Macht, der einen weiteren verhängnisvollen Schritt auf dem deutschen Sonderweg ging, indem er die preußische Politik mit der nationalistischen Deutschtümelei aussöhnte. Hatte sein Vater, Friedrich Wilhelm III., das Streben nach deutschnationaler Einheit noch als Gefahr für den Bestand Preußens angesehen und als Idee des revolutionären Jakobinismus bekämpft, so verknüpfte der „Romantiker auf dem Königsthron“ den militaristischen Obrigkeitsstaat mit den chauvinistischen, gegenaufklärerischen und antisemitischen Tendenzen der Deutschtümler Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn, die ihre Anhänger dazu aufriefen, ein christgermanisches Großreich unter Preußens Führung zu errichten. Eine gewaltige Welle nationaler Begeisterung, die Preußen und seinem Gottesgnadenherrscher zugutekam, überschwemmte ganz Deutschland. Sie drückte sich sowohl beim Wiederbeginn des Baus des katholischen Kölner Doms aus, der vom *protestantischen* Preußenkönig proklamiert wurde, um damit symbolisch die Versöhnung der

beiden christlichen Bekenntnisse anzudeuten, als auch bei der Betonung der preußischen „Wacht am Rhein“ mit scharfen Ausfällen gegen Frankreich, das die Teutomanen als das Heimatland der Revolution und der parlamentarischen Demokratie verabscheuten. Auch der reaktionäre Frankfurter Bundestag stimmte in das Loblied für das militaristische und absolutistische Preußen ein, wo die überwältigende Mehrheit des Volks *politisch rechtlos* war. Harring warnte in seinen „Poesien eines Skandinaven“, die er 1843 in Rio de Janeiro publizierte, vor den Gefahren des antidemokratischen Nationalismus:

Nach Frankfurts Bundes-Noten erklingt das Lied vom Rhein.
Sie wollen der Despoten geteilte Knechte sein.
Sie würden nochmals kämpfen für ihre Fürsten gar;
Der Freiheit Geist zu dämpfen „in Tagen der Gefahr“.
Sich stürzen in die Fluten des Rheins um kargen Lohn,
Sie würden gern verbluten als Sklaven für den Thron.
Sie würden alles wagen auf Fürsten-Aufgebot,
's darf ein Kosak nur sagen: „Die Fürsten sind in Not!“
Sie wollen nicht erjagen des Volkstums stolzen Ruhm,
Sie wollen Ketten tragen, als fürstlich Eigentum.
So lebet wohl, ihr Deutschen, mit eurem Rheinwein-Sang,
Laßt euch als Knechte peitschen den freien Rhein entlang.

Die Revolution von 1848 war einer der seltenen Augenblicke in der deutschen Geschichte, in denen die Volksmassen in Bewegung gerieten, zu einem wichtigen politischen Faktor wurden und — obwohl sie vor den Thronen stehenblieben — die Grundfesten der monarchischen Staatsgebäude erschütterten. Harring hoffte ebenso wie alle andern revolutionären Demokraten, daß diese Erhebung eine auf Volkssouveränität beruhende deutsche Einheitsrepublik herbeiführen werde. Es bestand jedoch ein entscheidender Unterschied zwischen der Revolution von 1848 in Deutschland und Österreich und den früheren Machtverschiebungen in England, den Vereinigten Staaten und Frankreich. *Diese* siegreichen Revolutionen fanden statt, *bevor* der mächtige, alle geistigen und materiellen Bedingungen verändernde Industrialisierungsprozeß einsetzte — bevor also die Arbeiterklasse als eigenständiger Faktor die politische Arena betrat. Zu Beginn der großen *Französischen* Revolution traten die bürgerlichen Ideologen, die die Herrschaft beanspruchten, im Namen *aller* politisch Unterdrückten auf; die plebejischen Sansculotten erhoben erst 1793 eigene Forderungen, als das Bürgertum bereits vier Jahre an den Schalthebeln der Macht saß. In den absolutistisch regierten *deutschen* Großmächten Preußen und Österreich hingegen befand sich die Bourgeoisie bereits im Gegensatz zu der allmählich Klassenbewußtsein entfaltenden Arbeiterbewegung, *bevor* noch die von den adeligen Machträgern konservierten feudalen Überreste hinweggeräumt waren.

Der Vorbote antikapitalistischer und plebejisch-proletarischer Drohung, der schlesische Weberaufstand, fand bereits vier Jahre vor Ausbruch der bürgerlichen Revolution von 1848 statt. Schon im Begeisterungsrusch der Siege vom März 1848 war unverkennbar, daß zwischen den Interessen des Bildungs- und Besitzbürgertums einerseits und dem einfachen Volk andererseits ein Gegensatz bestand. Gehörten für die Oberschichten und ihre intellektuellen Wortführer die Erringung und verfassungsrechtliche Absicherung der nationalen Einheit sowie die künftige politische Weltgeltung eines mächtigen Deutschen Reiches zu den wichtigsten Postulaten, so waren für die Handwerker und Arbeiter, die ihr Leben auf den Barrikaden in die Schanze schlugen, vor allem *wirtschaftliche und soziale* Aspekte ausschlaggebend. Die Massen erhofften sich von der Revolution Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen. Der wohlhabende Mittelstand, der sein Eigentum — und dies bedeutete ihm das Palladium des sittlichen, weil bürgerlichen Staates — gefährdet glaubte, befürchtete, daß gemeinsames Vorgehen mit der verachteten „Canaille“ gegen die traditionellen Gewalthaber zu zügelloser und unkontrollierter Pöbelherrschaft und Anarchie führen könne. Die Halbherzigkeit und Kompromißbereitschaft der meisten bürgerlichen Politiker wurzelte daher in der Angst des Besitzbürgertums, ohne die militärische Hilfe der Monarchen die gesellschaftspolitischen Forderungen der besitzlosen Massen nicht abwehren zu können. Obwohl das Bürgertum im Frühjahr 1848 die Staatsmacht mit Hilfe der unteren Schichten hätte übernehmen können, *obwohl* eine solche Unterstützung zum Preis wirtschaftlicher Konzessionen zu gewinnen war, die das bürgerliche Gesellschaftssystem nicht bedroht hätten, zogen es die politischen Wortführer der Besitzbourgeoisie vor, durch Übernahme von Ministerien in den *adeligen* Kabinetten die traditionelle Obrigkeit zu stützen. Sie überließen also die Staatsmacht den fürstlichen Gewalthabern, weil diese sich bereit zeigten, das bürgerliche Eigentum gegen mögliche Angriffe seitens des „Pöbels“ zu garantieren und in der Wirtschaftsgesetzgebung erhebliche Zugeständnisse an die Finanz-, Handels- und Industriebourgeoisie zu machen.

Mit tatkräftiger Hilfe der konstitutionellen Monarchisten überwand die alten Kräfte in Staat und Gesellschaft ihre vorübergehende Erschütterung so schnell innerhalb weniger Monate, daß sie schon im Herbst 1848 zur Gegenoffensive übergehen konnten. Die konservative Hofkamarilla, der die gewählte Berliner Nationalversammlung Preußens ein Dorn im Auge war, bereitete schon seit dem Spätsommer einen Staatsstreich vor und brauchte die Armee zur Niederwerfung der Revolution in der Hauptstadt. Preußen brach daher den wegen der „meerumschlungenen“ Herzogtümer Schleswig und Holstein geführten Krieg gegen Dänemark ab. Harro Harring, der ebenso wie alle andern deutschen Demokraten empört war, daß die Frankfurter Nationalversammlung den

Waffenstillstand billigte und damit nationale Interessen preisgab, verfluchte das verhaßte Land in seinem Gedicht „Die Preußenschmach“:

Das Eis ist nun gebrochen.
Es keimt die blut'ge Saat.
Das Urteil ist gesprochen.
Enthüllt ist der Verrat.
Ein jeder frecher Preuße,
Der hier noch kommandiert.
Gehört zu dem Geschmeiße,
Dem Strick und Rad gebührt.

Die „blut'ge Saat“, deren Keim Harring im Herbst 1848 erblickte, ging im Frühjahr des nächsten Jahres auf. Als Preußen seine Truppen gegen die Aufstände in Sachsen und im Rheinland, in Baden und in der Pfalz mobilisierte, rief Harring, der seit Anfang April 1849 die demokratische Zeitung „Das Volk“ in Rendsburg redigierte, zum allgemeinen Volkskrieg in ganz Deutschland auf, um die revolutionären Errungenschaften zu bewahren. Mitte Mai, zu Beginn der Reichsverfassungskampagne, kam er mit seiner Feder dem kämpfenden Revolutionsheer zu Hilfe und suchte „dem so schmachvoll betrogenen, verratenen und verkaufte deutschen Volk zu enthüllen, daß Preußen Verrat an der Sache Schleswig- Holsteins und der deutschen Nation begangen und fort und fort begeht“. Sechs Wochen später, Ende Juni, schrieb er: „Preußen vertritt das politische Papsttum ... Das deutsche Volk führt einen Hussitenkrieg ... Preußen repräsentiert, mit Rußland und Österreich einverstanden, den schnödesten Absolutismus seit jeher als Monarchie, als Kabinett, als Dynastie ... Gegenwärtig ist der Henker dort Kriegsminister. Das deutsche Volkstum kämpft auf Tod und Leben gegen die preußische Überwältigung.“

Der Sieg der reaktionären Kräfte über die Revolution von 1848 bedeutete eine wichtige Etappe auf dem deutschen Sonderweg, denn die Demokraten mußten ihre Hoffnungen begraben, aus eigenen Kräften eine von den alten sozialen Zwängen befreite parlamentarische Einheitsrepublik zu errichten. Der preußische Thronfolger, von den Demokraten „Kartätschenprinz“ genannt, der den Feldzug in der Pfalz und in Baden befehligt hatte, nämlich der Thronfolger und spätere Kaiser Wilhelm I., ließ dreißig militärische und politische Anführer des unterlegenen Revolutionsheeres standrechtlich erschießen. Hunderte wanderten auf Jahre in die Zuchthäuser; Tausende, derer die Reaktion nicht habhaft werden konnte, flohen und verbrachten lange Jahre im Exil; Zehntausende, die nicht mehr in einem despotischen Deutschland leben mochten, emigrierten in die Schweiz, nach England und in die Vereinigten Staaten. Harring, der zeitlebens keinen Trennungsstrich zwischen seinem Privatleben und der Politik ziehen konnte und wollte, überwand diese schrecklichste Niederlage seines Daseins niemals. Er

flüchtete zunächst nach Norwegen, dann nach England und verbrachte einen Teil der Reaktionsperiode der fünfziger Jahre in Nordamerika und in Brasilien. In Deutschland wurde zehn Jahre lang jede demokratische Regung brutal unterdrückt; im Jahre 1855 enthielt der „Anzeiger für die politische Polizei“, Namen von über 6 000 demokratisch und republikanisch gesinnten Teilnehmern an Volksaufständen, Abgeordneten von regionalen und lokalen Versammlungen und Mitgliedern des Stuttgarter Rumpfparlaments, die als „Hochverräter und gefährliche Subjekte“ bezeichnet und beim Betreten deutschen Bodens zu verhaften waren.

Trotz der politischen Reaktion nahm die industrielle Wirtschaftskraft Deutschlands beträchtlich zu; Preußen kam dabei zugute, daß von den drei Zentren der Kohlen- und Erzgruben, die für die Schwerindustrie entscheidend waren, nämlich das Ruhrgebiet, Schlesien und Sachsen, die ersten beiden auf eigenem Gebiet lagen. Politische Machtentfaltung und industrieller Aufschwung ergänzten einander, wobei das Bündnis zwischen Rittergut und Hochofen jahrzehntelang funktionierte. Die ostelbischen adeligen Junker behielten alle *politischen* Schlüsselpositionen und gestanden bürgerlichen Industriellen die Führung der *Wirtschaft* zu. Die Verpreußung des Bürgertums ging Hand in Hand mit einer Verbürgerlichung des Preußentums. Der herrschende Junkerkaste lehnte es nicht mehr wie früher ab, sich mit den nichtadeligen Herren der Fabriken und Bergwerke zu verschwägern und ging nach der Ablösung der Erbuntertänigkeit der Bauern dazu über, die großen Güter kapitalistisch zu bewirtschaften und dort Industrieunternehmungen zu errichten.

Da der revolutionäre Weg — nämlich Volkserhebung und gewaltsame Beseitigung der Einzelstaaten — von den großbürgerlichen Unternehmern aus Furcht vor der proletarischen Drohung abgelehnt wurde, und da auch der Vielvölkerstaat der Donaumonarchie als Basis einer Zentralisierung Deutschlands nicht in Frage kam, blieb nur die Einigung von oben unter preußischer Führung. Für diesen Weg entschieden sich die meisten Bankiers, Fabrikbesitzer und Großkaufleute, wobei sie die Hoffnung hegten, im künftigen geeinten Deutschland politisch mitreden zu können. Der fähigste Vertreter der preußischen Junker, Otto von Bismarck, der 1862 vom ehemaligen „Kartätschenprinzen“ und nunmehrigen König, Wilhelm I. zum Kanzler ernannt wurde, versprach, das Heer *ebenso* als Werkzeug zur *nationalen Einigung* einzusetzen, wie es auch zur *Niederschlagung der Revolution* verwendet worden war. Die deutsche Frage könne, meinte er, nicht durch „Majoritätsbeschlüsse“ gelöst werden, wie es das Frankfurter Parlament vergebens versucht hatte, sondern vielmehr durch Waffengewalt auf dem Schlachtfeld, durch Blut und Eisen.

Bismarck wußte, daß es des russischen Wohlwollens oder zumindest der schweigenden Zustimmung des Zaren bedurfte, um seine Einigungspläne für

Deutschland unter preußischer Fahne durchzusetzen, und daß bei solchen Zielen die gemeinsame Unterdrückung des polnischen Volkes den Herrschaftsinteressen Preußens und Rußlands entsprach. Als daher im Januar 1863 ein polnischer Aufstand gegen Rußland ausbrach, schloß Bismarck mit den zaristischen Behörden eine Militärkonvention zur gemeinsamen Niederwerfung der Freiheitskämpfer. Auf Kosten des polnischen Volkes heimste also der „Realpolitiker“ Bismarck seinen ersten Erfolg ein und erwarb das Einverständnis des Zaren zur militärischen Einigung Deutschlands.

Mit den drei sogenannten „Einigungskriegen“ gegen Dänemark 1864, gegen Österreich zwei Jahre später und gegen Frankreich 1870/71 machte die preußischdeutsche Politik den entscheidenden Schritt auf dem antidemokratischen Sonderweg, der das Bürgertum von jeder wirklichen Teilnahme an der politischen Macht ausschloß und den Unterklassen die Aufgabe zuwies, der Obrigkeit zu parieren und auf ihren Befehl von Zeit zu Zeit im Kampf gegen andere Völker das Blut zu vergießen. Harro Harring, der voller Abscheu und Entsetzen Bismarcks Anfänge verfolgte, war zutiefst empört, als Preußen und Österreich Dänemark den Krieg erklärten und in Schleswig-Holstein einfielen. Es hat etwas Rührendes und Erschütterndes, daß der 66jährige, seelisch gebrochene und politisch gescheiterte Freiheitskämpfer sich als Freiwilliger zur dänischen Armee meldete. Sein Gesuch wurde abschlägig beschieden.

Die Siege bei Königgrätz gegen Österreich und bei Sedan gegen Frankreich trieben die meisten Liberalen endgültig ins Lager Bismarcks, dem es gelang, unter *Beibehaltung der alten Sozialstruktur und des monarchischen Prinzips* die vom Bürgertum aus ideologischen Gründen ersehnte und aus wirtschaftlichen Ursachen benötigte nationale Einigung durchzusetzen. Das neue preußischdeutsche Kaiserreich wurde *nicht* durch eine demokratische Volkserhebung, *nicht* durch den Sturz der alten Gewalten geschaffen, sondern durch militärische Siege auf dem Schlachtfeld in Aggressionskriegen gegen angebliche äußere Feinde. Sogleich begannen kleindeutsche Geschichtsbaumeister wie Treitschke und Droysen an der Legende zu zimmern, Preußen habe von jeher als Märtyrerin „für deutsche Einheit und Freiheit geblutet“. Diese Geschichtsfälschung sollte in den nächsten Generationen verheerende Folgen für das deutsche Nationalbewußtsein haben. Das Axiom der autoritätsgläubigen Historiker, das jahrzehntelang als unumstößliches Credo feststand und in allen Universitäten und Schulen gelehrt wurde, war, daß „große Männer Geschichte machen“. Diese Geschichtsbetrachtung aus der Perspektive der Herrschenden verherrlichte den *antidemokratischen Sonderweg* der preußischdeutschen Geschichte und wertete nicht nur die französische Revolution, sondern überhaupt alle politischen und geistigen Strömungen und Traditionen ab, deren Vertreter nicht zu Herolden und Verkündern des neuen Deutschen Reichs umgedeutet werden konnten.

Gemeinsam mit den deutschen Jakobinern und den Freiheitskämpfern des Vormärz fiel auch Harro Harring dieser Methode des Totschweigens oder Verhöhrens der demokratischen Bewegungen zum Opfer. Wenige Monate nachdem sich der nordfriesische Freiheitsapostel in tiefer Depression seinen Dolch ins eigene Herz gestoßen hatte, vollendete Preußen durch den Sieg gegen Frankreich scheinbar die Lösung der nationalen Frage. Bismarck hatte durch drei Waffengänge gegen *fremde* Staaten die deutsche Einheit zustande gebracht, deren Erringung durch den Aufstand der liberalen und demokratischen Kräfte gegen die *eigenen* Machthaber mißlungen war. Zusammen mit den Militärs riefen die nationalliberalen Vertreter des wohlhabenden Bürgertums laut nach einer Angliederung Elsaß-Lothringens. Vergebens protestierten die Arbeiterführer Wilhelm Liebknecht und August Bebel gegen die Annexion der beiden französischen Provinzen und warnten, daß damit der Frieden in einen bloßen Waffenstillstand verwandelt, Frankreich unnötigerweise gedemütigt und in eine Politik der Rache und Revanche getrieben werde. Sie bekämpften Elsaß-Lothringens Annexion, die seine Bevölkerung wie in den Kabinettskriegen des 18. Jahrhunderts als willenlose Herde hin- und herschob und ihr Selbstbestimmungsrecht mißachtete. Unter den wenigen Politikern, die im allgemeinen chauvinistischen Siegesrausch einen kühlen Kopf behielten und den Grundsatz der unveräußerlichen Volkssouveränität zu ihrer Richtschnur machten, war der Wortführer der demokratischen Volkspartei, der Königsberger Johann Jacoby, der in der Revolution von 1848 Sprecher der Linken in der Preußischen Nationalversammlung gewesen war. Seine ernste Mahnung, von der Annexion Elsaß-Lothringens Abstand zu nehmen, gewann nach der Katastrophe des von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkriegs aktuelle Bedeutung. In seiner Rede vom 14. September 1870 sagte Jacoby:

„Kaum ist von Berlin die Parole ausgegangen, und schon sehen wir, wie aller Orten ein tausendstimmiger Chor sich erhebt, die Annexion von Elsaß und Lothringen zu verlangen. Vor wenigen Tagen noch war es ein Verteidigungskrieg, den wir führten, und heute ist es ein Eroberungskrieg, ein Kampf für die Oberherrschaft der germanischen Rasse in Europa!

Man sagt uns: Elsaß und Lothringen haben *früher* zum deutschen Reich gehört. Durch List und Gewalt hat Frankreich sich dieser Länder bemächtigt. *Jetzt*, da wir die Franzosen besiegt, ist es nicht mehr als recht und billig, daß wir ihnen die Beute wieder abjagen, das uns geraubte Eigentum zurückfordern. Wie würde es uns gefallen, wenn einst ein siegreiches *Polen* — auf Grund des Kanonenrechts — die Provinzen Posen und Westpreußen zurückfordern und annectieren würde? Und doch ließen sich dafür *ganz dieselben Gründe* geltend machen, die man jetzt für eine Annexion von Elsaß und Lothringen vorbringt. Nur wer die Freiheit *anderer* achtet, ist *selbst* der Freiheit wert.“

Jacoby, Liebknecht und Bebel mußten wegen ihrer Proteste monatelang in Festungskerkern zubringen. Nach der Annexion Elsaß-Lothringens proklamierte Bismarck am 18. Januar 1871 *noch vor* dem Friedensschluß mit Frankreich die Wiedergeburt des Deutschen Kaiserreichs. Der Festakt im Versailler Schloß reflektierte den Triumph der Reaktion. Kaiser und Oberherr aller Deutschen war nunmehr der ehemalige Kartätschenprinz, der 1848 die unterlegenen Freiheitskämpfer standrechtlich verurteilen und erschießen ließ. An der Wiege der anscheinend auf ewig gegründeten nationalen Einheit Deutschlands standen keine gewählten Volksrepräsentanten, sondern vielmehr fürstliche Obrigkeiten und die preußische Militärmacht. Damit hatte der deutsche Irr- und Sonderweg einen Gipfelpunkt erreicht. Während Frankreich allen imperialen Machtansprüchen abschwor, sich zur demokratischen und parlamentarischen Republik bekannte und damit die progressive Tradition der großen Revolution fortsetzte, triumphierten in der deutschen Politik fortschrittsfeindliche und vergangenheitsorientierte Mächte.

Erst drei Generationen später, nachdem die Weltmachträume des Großdeutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg in Rauch und Feuer aufgingen, wurde erkennbar, wie vergänglich die Schöpfung des charismatischen Repräsentanten der Junkerkaste war, der die anachronistische Adelherrschaft konservieren und verewigen wollte. Nicht das kosmopolitische und menscheitsbefreiende Ideengut der Aufklärung, sondern romantische Vorstellungen einer pseudo-mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit prägten das geistige Antlitz des Bismarckstaats. Nicht brüderliche Gleichberechtigung aller Nationen, sondern chauvinistischer Dünkel und der irrationale Glaube an die Überwertigkeit des Deutschtums wurde zur herrschenden Gesinnung. Nicht Volkssouveränität und Ministerverantwortlichkeit gegenüber einer gewählten demokratischen Volksvertretung, sondern politische Machtlosigkeit des zu einer Schwatzbude erniedrigten Reichstags und die Einsetzung des Kanzlers durch den Gottesnadenkaiser waren in der Konstitution verankert, die keinen Grundrechtskatalog besaß. Nach der Definition von Karl Marx war das preußisch-deutsche Reich „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalen Besitz vermischter, schon von der Bougeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärespotismus“. — Der Geist nationalistischer Selbstüberhebung, der den Triumph über das Mutterland der Revolution, über den sogenannten „französischen Erbfeind“ feierte, nahm derartige Ausmaße an, daß — nach einem Wort des großen Schweizer Historikers Jacob Burckhardt — „die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870/71 orientiert“ schien und „das Militärische zum Vorbild alles öffentlichen“ wurde.

Der Begeisterungstaukel durch die Reichseinigung von oben und der — durch die

französische Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Goldfrancs erhöhte — Spekulationsrausch wich nach zwei Jahren einem Katzenjammer, als mit dem „Gründerkrach“ von 1873 eine tiefe wirtschaftliche Depression einsetzte. Die Vernichtung zahlloser Existenzen von Kleingewerbetreibenden und Handwerkern bewies, daß die Errichtung des nationalen Einheitsstaats die soziale Frage keineswegs gelöst hatte. Im autoritären Obrigkeitsstaat traten die klaffenden gesellschaftlichen Widersprüche infolge der breiten Entfaltung der industriekapitalistischen Ausbeutung und des rapiden Anwachsens eines in elenden Bedingungen lebenden Proletarierheeres schroff hervor.

Die herrschenden Gewalten und ihre ideologischen Handlanger mußten Sündenböcke finden, um die pauperisierten Massen zu verdummen und dem Vormarsch der organisierten Arbeiterbewegung zu hemmen. Obwohl die Verfassung des Deutschen Reiches die rechtliche und politische Gleichstellung der Juden gesetzlich verankerte, bestand ein deutlicher Zwiespalt zwischen dem geschriebenen und dem in Wirklichkeit geltenden Gesetz, zwischen Sittlichkeit und Sitte, zwischen Sollen und Sein. Dies zeigte sich besonders im Verhältnis wichtiger „Stützen der Gesellschaft“ zu den Juden. Es war keineswegs ein Zufall, daß das Sozialistengesetz von 1878 zeitlich mit dem Beginn einer wüsten antisemitischen Rassenhetze zusammenfiel. Der erste Adolf — nämlich Adolf Stoecker, der Hofprediger Kaiser Wilhelm I. — gründete eine „Christlich-soziale Volkspartei“, die die Arbeiterschaft durch einen traditionalistischen Patriarchalismus von den Lehren des Sozialismus abspenstig machen sollte, einen vehementen Rassenhaß predigte und den Juden die Schuld an der wirtschaftlichen Krise zuschob. Sozialdarwinistische Lehren vom Sieg der stärkeren Nation über die schwächere und alte religiöse Ressentiments gegen die Juden verschmolzen im rassistischen Antisemitismus und gewannen eine brisante, äußerst gefährliche Qualität, weil sie die angeblich unveränderbaren „Rasseneigenschaften“ des Judentums, die sie dem Deutschtum angeblich „artfremd“ machten, mit den Ideen des Liberalismus und des Sozialismus identifizierten. Die Juden wurden so gleichzeitig als Gottesmörder, als Erfinder der kapitalistischen Ausbeutung und als Drahtzieher sozialistischer Gleichmacherei verteuelt. Die von Rassentheoretikern ausgeheckte „Weltverschwörung“ des Judentums zur politischen und wirtschaftlichen Beherrschung der christlichen Umwelt fand besonders unter rückständigen Kleinbürgern und Handwerkern Anhänger, die mit dem rasanten Industrialisierungsprozeß nicht Schritt halten konnten und ins Lumpenproletariat hinabsanken. Appellierte die Agitation des Pastors Stoecker also hauptsächlich an die Unterschichten, so wurde die „feine Gesellschaft“ von einem Gesinnungsfreund Stoeckers, dem bereits erwähnten Berliner Historiker Heinrich von Treitschke, für den Rassenantisemitismus gewonnen. Dieser Kathederfürst, der die „nationale Mission“ der

Hohenzollerndynastie predigte, machte sich in seinen „Preußischen Jahrbüchern“ den Kampf gegen Sozialdemokratie und Juden zur Aufgabe. Er beschuldigte die Arbeiterpartei, Mordpläne gegen das Kaiserhaus auszubrüten, jubelte dem Erlaß des Sozialistengesetzes zu, und erhob gleichzeitig den schändlichen Ruf „Die Juden sind unser Unglück!“ — Diese Losung wurde bald zum Feldgeschrei der völkischen Parteien, die alle Anhänger der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts als Judenknechte anprangerten. Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die nationalsozialistische pornographische Hetzschrift Julius Streichers, „Der Stürmer“, in jeder Nummer auf der ersten Seite die Losung Treitschkes, daß die Juden Deutschlands Unglück seien, in Balkenlettern verkündete. Chauvinistischer Rassismus, zügellose Hetze gegen Träger demokratischen und sozialistischen Ideenguts, Verachtung aller „Fremdstämmigen“ und Andersdenkenden entsprangen, wie dieses Beispiel zeigt, also nicht den Köpfen der braunen Mordbuben, die Deutschland zwölf Jahre lang beherrschten, sondern wurzelten in den politischen Lehren ehrbarer und würdevoller Pastoren und Professoren. Obwohl in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890 die Partei der Arbeiterklasse verfolgt und ihre Presse verboten war, obwohl wiederum, wie schon nach der gescheiterten Revolution von 1848, zahllose Freiheitskämpfer und Demokraten aus Deutschland vertrieben wurden, gelang es der Politik Bismarcks nicht, die proletarische Bewegung zu schwächen. Bei den ersten Wahlen nach Aufhebung des Sozialistengesetzes im Frühjahr 1890 errang die Arbeiterpartei mehr Stimmen als jemals zuvor. Allerdings stellte sich heraus, daß das revolutionäre Erfurter Parteiprogramm, das im nächsten Jahre beschlossen wurde, nur auf dem Papier stand. Die deutsche Sozialdemokratie, die die stärkste proletarische Partei Europas war und von Freund und Feind als ernste Bedrohung des wilhelminischen Obrigkeitsstaates und des kapitalistischen Wirtschaftssystems angesehen wurde, gliederte sich unmerklich als „loyale Opposition“ in den autoritären Staat ein, in dem die preußischen Junker nach wie vor die meisten diplomatischen und militärischen Kommandoposten besetzten. Die klassenbewußten Proletarier hatten zwar in den Jahren der Verfolgung allen Polizeischikanen, Verhaftungen und Einkerkierungen standgehalten; die breiten Volksmassen und natürlich auch die Wähler der Sozialdemokratie waren jedoch von Jugend auf nicht nur strenger obrigkeitlicher Disziplinierung in der Schule, am Arbeitsplatz und bei der zweijährigen Militärdienstpflicht unterworfen, sondern glaubten auch vielfach an die von allen Kanzeln und Kathedern tausendfach verkündete Prophezeiung, daß am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen werde. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges sollte sich herausstellen, daß die Sozialdisziplinierung und der Einfluß antidemokratischen Ideenguts tiefergehend und stärker waren als die Lippenbekenntnisse der Revolutionsbereitschaft und des proletarischen Internationalismus.

Die Mitte der neunziger Jahre bildete die wichtigste Zäsur in der Geschichte des Kaiserreichs, eine Zäsur, die sich auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet bemerkbar machte. Die tiefe ökonomische Krise, die das Sozialistengesetz hervorgebracht hatte, wich nach etwa zwanzig Jahren einer Phase der Hochkonjunktur, teilweise infolge des Baubeginns einer gewaltigen Kriegsflotte, deren Notwendigkeit mit Pauken und Trompeten verkündet und als „Weltpolitik“ des jungen und dynamischen Kaisers Wilhelm II. angepriesen wurde. Diese Flottenrüstung, die vom Alldeutschen Verband, von der Deutschen Kolonialgesellschaft und von anderen konservativen Gruppierungen gefördert wurde, war mit einem politischen Kurswechsel verbunden, der die Notwendigkeit deutscher Seeherrschaft proklamierte. In der Existenz einer schlagkräftigen und einsatzfähigen Angriffsflotte erblickten einflußreiche Kreise der Schwerindustrie und der Hochfinanz die Vorbedingung für eine wirtschaftliche Expansion und für den Erwerb und die Vermehrung deutschen Kolonialbesitzes. Das Flottengesetz von 1898 sah die ständige Erweiterung der Kriegsmarine vor und provozierte die englische Seemacht, deren wiederholte Verständigungsangebote von den deutschen Politikern torpediert und zurückgewiesen wurden. Dies trug entscheidend zum Rüstungswettlauf und zur Erhöhung der Kriegsgefahr bei. Frankreich, das die Demütigung des Verlusts Elsaß-Lothringens niemals verschmerzt hatte, überwand nach dem Sturz Bismarcks seine außenpolitische Isolation. Um die wirtschaftlichen und politischen Expansions- und Aggressionspläne Deutschlands einzudämmen, schlossen sich England, Frankreich und Rußland 1907 zur sogenannten Triple-Entente zusammen. Dieses Bündnis bezweckte, die angemäßigten, vermessenen und unermeßlichen Hegemonialansprüche des Deutschen Reichs abzuwehren. Kaiser Wilhelm II., der es liebte, in schimmernder Wehr und Waffenrüstung des Mittelalters sich malen und photographieren zu lassen, behauptete mehrmals, die Vorsehung habe ihn dazu ausersehen, als wiederauferstandener Barbarossa das Schicksal Europas zu lenken. Seine lauthals proklamierte „Weltpolitik“ entfremdete nicht nur England, sondern auch das jahrzehntelang verbündete Zarenreich. Deutschland konnte sich daher 1914 nur mehr auf die von sozialen und nationalen Gegensätzen zerrissene Habsburgermonarchie stützen.

Die Forschungen des Hamburger Historikers Fritz Fischer haben bewiesen, daß die Politik des kaiserlichen Deutschland bei der Entfesselung des Weltkriegs die Hauptverantwortung trug. Die konservativen Staatsmänner, die seit ihrem militärischen Sieg über die demokratische Revolution von 1848 alle politischen Probleme mit Blut und Eisen lösen zu können glaubten, versuchten den „Griff nach der Weltmacht“ indem sie es wagten, Frankreich und Rußland gleichzeitig den Krieg zu erklären und gegen alle drei Großmächte zugleich zu kämpfen. Neben territorialen Eroberungen in Ost und West und Vernichtung der Konkurrenz auf

dem Weltmarkt verfolgte die deutsche Reichsleitung auch das Ziel, die organisierte Arbeiterbewegung von den Klassenkampfparolen abzulenken und in die Stimmung eines Hurratriotismus zur Vaterlandsverteidigung zu versetzen. Während die außenpolitischen Ziele *nicht erreicht* wurden, konnten die herrschenden Schichten an der *inneren* Front einen *vollen Erfolg* buchen: die Sozialdemokratie bewilligte im Reichstag die Kriegskredite und sagte zu, „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stiche zulassen“. Diese Erklärung, die die internationalistischen Beschlüsse der proletarischen Bewegung Europas in den Wind schlug, forderte im Sinn des „Burgfriedens“ mit dem Klassengegner, daß die „Verteidigung des Landes“ allen anderen Erwägungen übergeordnet sei. Der Begeisterungsjubel der ersten Kriegstage im August 1914 zeigte, wie sehr die nationalistische Propaganda gewirkt hatte und daß sich die breiten Massen gegen ihre eigenen Interessen in das Gemetzel der Materialschlachten hineintreiben ließen.

Die nationalistische und alldeutsche Propaganda, die ihren Dogmen Ewigkeitsgehalt zusprach, wirkte aber nicht nur auf die Unterschichten, sondern ebenso stark auch auf die Intellektuellen ein. Wie sehr die chauvinistische Überschätzung des eigenen Volkstums die deutsche Gelehrtenwelt von den universalen Aufklärungsideen entfremdet und in geistige Isolation getrieben hatte, zeigte sich im Oktober 1914, als 93 Koryphäen des Geisteslebens, meist Hochschullehrer, ein Manifest „An die Kulturwelt“ Unterzeichneten, das in Übereinstimmung mit den Forderungen des Alldeutschen Verbandes ein Europa unter deutscher Führung und unter Negierung des Selbstbestimmungsrechts anderer Völker postulierte. Eine Welle nationalistischer Kriegspublizistik, die die Politik des Wilhelminischen Militärstaats vorbehaltlos unterstützte und alle Andersdenkenden und Pazifisten als Verräter und Feiglinge verketzerte, ergoß sich über das Land. Die antiliberalen und irrationalen „Ideen von 1914“, die als ideologische Alternative der „Ideen von 1789“ konzipiert waren und die angeblich organisch gewachsene „deutsche Volksgemeinschaft“ mythisch überhöhten, wurden in zahlreichen Essays renommierter Wissenschaftler und Leitartikeln führender Journalisten propagiert. Sie leisteten den deutschen Herrschaftsansprüchen über andere Länder Vorschub, indem sie den Militarismus als heldische Gesinnung, als höchste Vollendung nationaler Pflicht, ja als Erfüllung des kategorischen Imperativs priesen. Der etwa tausend Mitglieder zählende Bund deutscher Gelehrter und Künstler, der seinen Sitz in der Berliner Akademie der Wissenschaften hatte, feierte den Krieg als „deutsche Revolution“.

Nach dem verlorenen Krieg konnten die nationalistischen Kräfte, die die Volksmassen auf die Schlachtbank getrieben hatten, ihre gesellschaftliche Machtstellung weitgehend behaupten. Die Abschaffung der Monarchie und die Proklamierung der Weimarer Republik führten zu keiner grundlegenden Umkehr

auf dem antidemokratischen, irrationalen und volksfeindlichen Sonderweg Deutschlands. Die chauvinistische Propaganda ernannte dieselben weltanschaulichen und sozialen Gegner zu Sündenböcken wie vierzig Jahre zuvor, als das Sozialistengesetz erlassen wurde und die antisemitische Rassenhetze begann. Diese Propaganda behauptete, daß Marxisten und Juden den Sieg des tapferen deutschen Soldaten durch einen feigen „Dolchstoß in den Rücken“ vereitelt hätten. Diese Dolchstoßlegende, die die Verantwortung von den wahren Urhebern der nationalen Katastrophe auf Demokraten und Sozialisten abwälzte, verschmolz mit der Propagandakampagne gegen die sogenannte „Kriegsschuldlüge“. Das Märchen von der Einkreisung Deutschlands durch böse Feinde, die dem eigenen Heldenvolk seinen rechtmäßigen „Platz an der Sonne“ mißgönnt und geraubt hätten, wurde in den Massenmedien, in zahllosen Versammlungen und offiziellen Veranstaltungen immer wieder eingehämmert und von breiten Kreisen geglaubt.

Die konservativ und nationalistisch eingestellte Mehrheit der Gelehrten im allgemeinen und der Historiker im besonderen hielt an den überlieferten und liebgewordenen Denkschemata fest und behauptete nach wie vor, daß die Demokratie ein fremdes und welsches, dem deutschen Geist unzuträgliches Element sei. Die meisten Historiker, die als Mentoren und Präzeptoren Germaniens auftraten, nahmen die Niederlage nicht zur Kenntnis, bliesen weiterhin die nationale Heroldstrompete und feierten Bismarck als größten Staatsmann Deutschlands, obwohl das Kaiserreich sich nicht als lebensfähig erwiesen hatte; sie dachten nicht daran, die durch Tradition gleichsam sakrosankt gewordene personalistisch-heroisierende Geschichtskonzeption aufzugeben und die Verherrlichung des preußischen Militärstaats zu revidieren. Besondere Wut erregte bei den unbelehrbaren Rassehetzern der Umstand, daß nach dem Verschwinden der Monarchie die Juden tatsächlich Positionen einnehmen konnten, die ihnen bis dahin von der Junkerkaste vorenthalten worden waren. Ein Außenminister jüdischer Herkunft wie Walter Rathenau, ein Finanzminister wie Rudolf Hilferding wäre im Kaiserreich undenkbar gewesen. Der Antisemitismus der Weimarer Republik war keineswegs auf die völkischen Gruppierungen und die Naziartei beschränkt; er war vielmehr ein wichtiges Vehikel all jener Kräfte, die die Demokratisierung in Staat und Gesellschaft bekämpften und die geeignete Stunde abwarteten, bis der angeblich im Felde unbesiegte und von hinterhältigen Feinden meuchlings erdolchte deutsche Soldat sich wiederum in Glanz und Gloria erheben, die sogenannte „Schmach von Versailles“ auslöschen und in einem künftigen Krieg endgültig die Deutschland gebührende Weltmacht erringen werde. Dieses Ziel strebten in der Weimarer Republik keineswegs nur die Nazis, sondern einflußreiche und tonangebende Kräfte in den konservativen Parteien, der Staatsbürokratie und in der Reichswehr an. Die von Großindustriellen und dem

Finanzkapital gesteuerte ungeheure Inflation, die die Weimarer Republik in ihren ersten fünf Jahren heimsuchte, bewirkte zweierlei: sie befreite den Staat von den inneren Schulden, nämlich der Rückzahlung der Kriegsanleihen, die breite Volksmassen im Vertrauen auf einen deutschen Sieg gezeichnet hatten, und wertete im Bewußtsein von Millionen Menschen, die verarmten und ihre Ersparnisse einbüßten, die parlamentarische Demokratie ab. Während die Besitzer der Fabriken und Bergwerke ihr Vermögen in der Inflation vermehrten, begaben sich zahllose verzweifelte Kleinbürger, deren Lebensstandard drastisch gesenkt wurde, auf die Suche nach einem „starken Mann“, der Deutschland dem unverdienten Elend entreißen könne. Die Wahl des angeblich unbesiegten Feldherrn Hindenburg zum Reichspräsidenten 1925 zeigte, auf welch schwachen Füßen die Republik stand; denn dieser „Ersatzkaiser“, der sich rühmte, nie im Leben ein anderes Buch als das preußische Exerzierreglement gelesen zu haben, war ein typischer Repräsentant derjenigen Kräfte, die das deutsche Volk seit drei Generationen auf den militaristischen und antidemokratischen Sonderweg geführt hatten.

Nach wenigen Jahren anscheinender konjunktureller Stabilisierung setzte 1929 der Todeskampf der Weimarer Republik ein. Nunmehr, als die Anzahl der Arbeitslosen und grenzenlosem Elend Preisgegebenen von Monat sprunghaft anwuchs, konnten die Dunkelmänner, die Parlamentarismus, Demokratie, Menschenrechte, Toleranz, Völkerfreundschaft und alle andern Werte der Aufklärung und der französischen Revolution als undeutsches Produkt ansahen, ihre Hetze vor einem wachsenden und aufmerksamen Publikum verbreiten. Der gesellschaftliche und weltanschauliche Standort der letzten drei Kanzler der Weimarer Republik, nämlich — wie Brecht sagt — des *Pfaffen* Brüning, des *Junkers* Papen und des *Generals* Schleicher, symbolisierte die Kräfte der Tradition, der Monarchie und des Chauvinismus, die die Scharte der Niederlage durch einen Revanchekrieg ausweiten wollten. Am 30. Januar 1933 schoben diese konservativen Gruppierungen, die keine Lehren aus dem unheilvollen deutschen Irr- und Sonderweg gezogen hatten, den Nazis die Macht zu. Sie hatten freie Bahn, weil die Arbeiterbewegung gespalten war und jede ihrer beiden Parteien in der andern den Hauptfeind erblickte, anstatt die ganze Kraft dem Kampf gegen den Nationalsozialismus zu widmen. Die Machtübernahme Hitlers war keineswegs zwangsläufig, weil es keinen Determinismus in der Geschichte gibt; sie war aber unter den gegebenen Umständen logisch, weil es keine politische Kraft gab, die sie verhindern konnte. Es ist unwesentlich, ob die Großindustrie Hitler vor seinem Machtantritt finanzierte und ihn lediglich als Erfüllungsgehilfen eigener Absichten ansah oder ob die Nazidiktatur ohne die Unterstützung durch das Großkapital zustandekam; denn es besteht kein Zweifel daran, daß die großbürgerlichen und adeligen „Stützen der Gesellschaft“ die

Politik der Nazis trotz ihrer Verbrechen nahezu vorbehaltlos unterstützten, solange sie Erfolge aufzuweisen hatte, und daß sie gegen die Aggressionskriege gegen andere Völker nichts einzuwenden hatten. Das „Tausendjährige Reich“ der Nazis, das keineswegs ein „Betriebsunfall“ war, sondern tief in der deutschen Geschichte wurzelte, führte den unheilvollen Sonderweg bis in den Abgrund.

Es wäre, glaube ich, ungerecht und falsch, hier den Schlußpunkt zu setzen, und zwar aus zwei Gründen. Denn erstens muß man den Kämpfern gegen die blutige Terrorherrschaft die gebührende Ehre und Achtung erweisen, die ihr Leben opferten, um Deutschland den Weg in die Katastrophe zu ersparen. Nicht weniger als 130.000 deutsche Widerstandskämpfer wurden von den Feinden der Menschheit und des eigenen Volks in den Konzentrationslagern und den Kerkern zu Tode gefoltert und durch Hunger, Schwerarbeit oder — wie es hieß — „auf der Flucht“ ermordet. Diese weltanschaulichen Gegner, die sich aus politischen oder moralischen Gründen weigerten, als Mitläufer oder gar Teilnehmer den Verbrechen der Staatsmacht Vorschub zu leisten, waren in erster Linie Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschaftler, auch in geringerer Zahl religiös gebundene Anhänger der Bekennenden Kirche und ernste Bibelforscher, und schließlich seit 1943 eine Anzahl von Angehörigen konservativer Gruppierungen, die die Nazis unterstützt oder doch zumindest schweigend gebilligt hatten, solange ihr Sieg möglich schien. All diese Helden opferten ihr Leben, weil sie zur Einsicht gelangten, daß der deutsche Sonderweg zur Unterjochung der andern Nationen ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das eigene Volk sei.

Der zweite Grund, weshalb man nicht mit dem Jahre 1933 oder 1945 den Schlußpunkt setzen darf, ist aber, daß wir ja heute den deutschen Sonderweg als historisches und abgeschlossenes Phänomen erkennen können. Zwar befreite sich das deutsche Volk, in dem viele in Verbrechen verstrickt waren, nicht aus eigener Kraft von den Völkermördern; aber als man hundert Jahre nach der gescheiterten Revolution von 1848 das Grundgesetz der Bundesrepublik festlegte, hatten seine Autoren gar keine andere Wahl, als auf die politischen Ideale und Hoffnungen der geschlagenen republikanischen Linken innerhalb und außerhalb der Frankfurter Paulskirche des revolutionären Sturmjahres zurückzugreifen. Die Grundrechte der damals ausgearbeiteten, aber nicht in Kraft gesetzten Konstitution, die Ideen der parlamentarischen Demokratie, der Humanität und Toleranz, der politischen Freiheit und Gleichheit, des nationalen Selbstbestimmungsrechts und der brüderlichen Gleichberechtigung aller Völker finden sich, durch zahlreiche soziale Bestimmungen vermehrt und vertieft, in der Verfassung der Bundesrepublik. Diese universalen und allgemeingültigen Grundsätze der damals unterlegenen Volkstribunen gelangten zu einem späten Sieg. Ihre immer wieder zu erkämpfenden Postulate, die auch der friesische Freiheitskämpfer Harro Harring vertrat, sind die geistigen Grundlagen jeder

menschenwürdigen Ordnung.

LITERATURHINWEISE

Walter Grab: Harro Harring — Revolutionsdichter und Odysseus der Freiheit, in: Gert Mattenklott/Klaus R. Scherpe (Hrsg.): Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: *Vormärz*, Bd. 2/3, S. 9-84, Kronsberg/Ts. 1974.

Edmund Silberner: Johann Jacoby, Politiker und Mensch, Bonn 1976.

Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961.

Gustav Heinemann: Reden und Interviews, Bd. 1-5, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1971 ff.

Widerstand, Verfolgung und Konzentrationslager in Schleswig-Holstein Eine brisante Thematik in der Evangelischen Akademie Nordelbingen*

„Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz“ ist der Obertitel einer vierteiligen Tagungsserie, die im Herbst und Winter 1983/84 von der Evangelischen Akademie Nordelbingen in Bad Segeberg veranstaltet wird (siehe Grenzfriedenshefte 3/1983, S. 193). – Auf dem Programm der zweiten Wochenendtagung vom 9. bis 11. Dezember, an der 90 Interessierte teilnahmen, standen „NS-Herrschaft und Widerstand“.

1. *Kirchlicher Widerstand*

In seinem Vortrag „Kirchlicher Widerstand am Beispiel Lübecks“ hob der Osnabrücker Professor *Wolf-Dietrich Hauschild* eingangs vor allem hervor, daß viele evangelische Pastoren gegenüber den Gleichschaltungsbemühungen der NSDAP und den Aktivitäten der „Deutschen Christen“ zunächst freiwillig auf angestammte Rechtspositionen verzichtet hatten. 1933 schien sich innerhalb der evangelischen Kirche ein „Generationswechsel“ zu vollziehen, und der volksmissionarisch-aktivistische Typus des „Deutschen Christen“, völkische Theologen und nationalkonservative Pastoren beherrschten weithin das Feld. Erst der „Sportpalast-Skandal“ im November 1933, als der Führer der „Deutschen Christen“ und „Reichsbischof“ Ludwig Müller die „Befreiung des Christentums von allem Undeutschen“, die „Reinigung“ des Alten Testaments vom „jüdischen Geist“ und die Tilgung der Schriften des „Rabbiner Paulus“ gefordert hatte, ließ massiveren innerkirchlichen Widerspruch aufkommen. Vom „Pfarrernotbund“ führte der organisatorische Weg zur „Bekennenden Kirche“. In Lübeck erreichte der Kirchenkampf 1936/37 seinen Höhepunkt, als 9 der 28 Pastoren vorübergehend vom Dienst suspendiert wurden. Aber auch während des Krieges schwiegen manche der Lübecker Pastoren nicht und setzten sich wegen ihrer Haltung schwersten Verfolgungen aus. Pastor Janasch etwa hielt 1942 einen Gottesdienst für den ins KZ verschleppten Martin Niemöller. Und in demselben Jahr wurde Pastor Stelbrink, der ursprünglich selbst Nationalsozialist gewesen war und nach den Bombenangriffen auf Lübeck deutliche Worte in seinen Predigten gefunden hatte, wegen „Hochverrats“ und „Wehrkraftzersetzung“ hingerichtet. Wolf-Dietrich Hauschild faßte die Ergebnisse seiner Studien dahingehend

* Gekürzte Fassung eines Beitrages, der in drei Teilen am 19., 20. und 21. Januar 1984 in den „Husumer Nachrichten“ erschien.

zusammen, daß insbesondere durch die „Bekennende Kirche“ immunisierende Freiräume entstanden, die den Boden für Verweigerungshandlungen schufen und auch den Rahmen für einen aktiven Widerstand bilden konnten. Der kirchliche Widerstand sei aber weitgehend auf den innerkirchlichen Bereich beschränkt geblieben, und die evangelische Kirche insgesamt habe – wie Professor Hauschild in der nachfolgenden Diskussion noch einmal unterstrich – gegenüber der Verfolgung der Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden, der Aufrüstung, Militarisierung und Kriegspolitik „zu laut geschwiegen“.

Anschließend berichtete Propst im Ruhestand *Wolfgang Pohn*, der von 1946 bis 1960 in Husum amtiert hatte, über „Schritte im kirchlichen Widerstand“. 1904 geboren wurde Pohn 1932 Landesjugendpfarrer und bereits nach 15 Monaten von den Nazis seines Amtes enthoben. In die damals 800 Seelen zählende Gemeinde St. Peter-Ording „verbannt“, zählte Pastor Pohn zu den führenden Männern des „Pfarrernotbundes“ und der „Bekennenden Kirche“ Schleswig-Holsteins. Dabei bezeichnete Pohn die eigene Haltung zu Beginn der NS-Herrschaft als „schizophren“ – so habe man sich etwa am 20.10.1933 mit 70 Pastoren in Rendsburg getroffen, um gegen den „Arierparagraphen“ zu protestieren, und verabschiedete gleichzeitig eine Ergebnissadresse an den „Führer“ Adolf Hitler. Erst langsam gewann die „Bekennende Kirche“ an Profil und richtete sich in ihren Schriften z. B. gegen den Dithmarscher Nazi-Literaten Gustav Frenssen, dessen deutschromantische Heimatromane Millionenauflagen erreichten, und gegen die „Gottgläubigen“, deren krude Lehren vor allem innerhalb der SS grassierten. Diese Schriften der „Bekennenden Kirche“ wurden zeitweilig von St. Peter-Ording ausgeliefert, und wenn das bekannte Husumer Gestapo-Auto Garding passiert hatte, mußte der telefonisch alarmierte Pastor Pohn seine Materialien manchenmal bei Seite schaffen, um bei den Haussuchungen keinen Anlaß zu größeren Funden zu geben. 1939 wechselte Wolfgang Pohn als Hauptpastor an die Flensburger Nikolaikirche über. In der Grenzstadt verhalf er verfolgten Juden zur Flucht nach Dänemark und trug dazu bei, daß geistig Behinderte und psychisch Kranke der systematischen Ermordung durch den NS-Staat im Rahmen des sogenannten „Euthanasie“-Programms in mancherlei Verstecken entgehen konnten. Zu einer Kontaktaufnahme oder gar zur Zusammenarbeit mit dem proletarischen Widerstand kam es jedoch nicht, und Propst Pohn bedauerte ausdrücklich, daß es vor 1945 praktisch „keine religiösen Sozialisten“ gegeben habe.

In der anschließenden Diskussion wies der kanadische Historiker Professor Lawrence D. Stokes, der seit über zehn Jahren das Phänomen „Kleinstadt und Nationalsozialismus“ am Beispiel der Geschichte Eutins zwischen 1918 und 1945 erforscht, auf die günstigen Prädispositionen hin, die der Nationalsozialismus in

Gegenden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung und vor allem in Schleswig-Holstein fand. Hier war die Zustimmung zur NSDAP wesentlich größer als in katholisch geprägten Gegenden Deutschlands und Stokes deutete an, daß es noch andere Ursachen – vor allem in mentaler Hinsicht – geben müsse als vereinzelt Nazi-Prediger wie den Viöler Pastor Peperkorn und den deutschvölkischen Fanatiker Pastor Andersen in Flensburg, die schon vor 1933 lautstark agitierten. – In der Diskussion wurde aber auch nach der Entnazifizierung der evangelischen Kirche nach 1945 gefragt. Hier konnte Propst Prehn, der den eigens für Pastoren gebildeten Sonderausschuß in Schleswig-Holstein geleitet hatte, kompetente Auskunft geben. Rund 150 der 350 schleswig-holsteinischen Pastoren hatten sich zwischen 1933 und 1945 mehr oder weniger stark für die „Deutschen Christen“ oder die Nazi-Partei selbst engagiert. Propst Prehn erklärte, daß sie zwar fast alle überprüft und „entnazifiziert“ worden seien, aber nicht mehr Pastoren ihr Amt verloren, „als an einer Hand abzuzählen sind“.

2. Proletarischer Widerstand und Verfolgung

Der zweite Teil der Tagung war dem proletarischen Widerstand in Schleswig-Holstein gewidmet. Zunächst sprach der Kieler Doktorand *Horst Peters*, wobei der Schwerpunkt seiner Ausführungen auf der Entwicklung in der Stadt Kiel lag. Peters hob eingangs die unterschiedlichen Positionen und Einschätzungen hervor, die die Arbeiterparteien SPD und KPD sowie die Gewerkschaften nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 leiteten.

Während die SPD noch kurz vor ihrem endgültigen Verbot im Juni 1933 jeden „illegalen“ Widerstand ablehnte und auf die Freiheitsgarantien der Weimarer Verfassung vertraute, obwohl diese faktisch längst außer Kraft gesetzt und zahllose ihrer Mitglieder in die Konzentrationslager verschleppt worden waren, forderte die KPD zum Generalstreik und dem gewaltsamen Sturz Hitlers auf. In Schleswig-Holstein wurde der Aufruf zum Generalstreik jedoch nur in einigen Lübecker Betrieben befolgt. Und während die Gewerkschaften dem Kapp-Putsch 13 Jahre zuvor durch ihr entschiedenes Vorgehen ein rasches Ende bereitet hatten, suchte ihre Führung die Organisation nun in einen nationalsozialistischen Ständestaat hinüberzueretten. Dieses wohl traurigste Kapitel der Geschichte der deutschen Gewerkschaften endete mit ihrer völligen Zerschlagung und der symbolhaften Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die NSDAP am 2. Mai 1933. Die deutsche Arbeiterbewegung, die Anfang der 30er Jahre als die wohlorganisierteste und stärkste ganz Europas galt, stand damit Mitte 1933 im Reich wie in Schleswig-Holstein vor dem Trümmerhaufen ihrer Politik. Die KPD, die noch am ehesten auf die Illegalität vorbereitet war, hatte durch ihre aktionistische Agitation und schematische Organisationsstruktur, die der Gestapo den Zugriff erleichterte, bald die meisten Opfer der nationalsozialistischen

Verfolgung zu beklagen. Zudem wurden die Kommunisten anfangs zum Feindbild Nr. 1 des neuinstallierten Verfolgungsapparates stilisiert, dessen Mitarbeiter meist bruchlos aus der politischen Polizei der Weimarer Republik übernommen werden konnten. Bis April 1933 kam es allein in Kiel zu über 400 Hausdurchsuchungen, 100 Verhaftungen und mehreren politischen Morden. Landräte und Bürgermeister, Polizeioffiziere und „Hilfspolizei“ in Gestalt von SA und Stahlhelm übten sich im politischen Terror und einer üblen „Schutzhaft“-Praxis. Die Gefängnisse quollen über, und in Glückstadt und Kühlen bzw. Rickling bei Neumünster entstanden die ersten Konzentrationslager Schleswig-Holsteins, wo vor allem Mitglieder der Arbeiterbewegung eingeliefert wurden. Andere „Schutz“-Häftlinge aus Schleswig-Holstein wurden in das berüchtigte Hamburger „Kolafu“ verschleppt – ein auf dem Gelände der Strafanstalt Fuhlsbüttel eingerichtetes KZ. Von dort führte der Leidensweg vieler über das Emslandlager Esterwegen weiter nach Sachsenhausen, Buchenwald oder Dachau und manchmal zurück nach Neuengamme bei Hamburg.

Horst Peters berichtete, daß das letzte illegale KPD-Organ in Schleswig-Holstein, die Kieler „Arbeiter-Welt“, auf Grund der permanenten Verfolgungen schon Ende 1933 sein Erscheinen einstellen mußte. Von wachsender Bedeutung war hingegen die Auslands-Leitung der KPD in Kopenhagen, die unter dem Flensburger Jürgen Jürgensen Tarnschriften, Flugblätter und Zeitungen nach Deutschland schaffte. Peters hob hervor, daß die Nähe zum ungebrochen demokratisch-humanistischen Dänemark für den Widerstand in Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung war. So verfügte die SPD ab 1934 ebenfalls über eine Leitung in Kopenhagen und Unterstützungskomitees in Dänemark. In Kiel bildete sich allerdings erst langsam ein sozialdemokratischer Widerstand heraus, dem Mitte der 30er Jahre ca. 200 Personen angehörten. Manche der Sozialdemokraten, die wesentlich zurückhaltender taktierten als die Kommunisten, nahmen einen Vertreter-Beruf an, um die gegenseitigen Kontakte besser tarnen zu können.

Aber auch auf den Kieler Werften kam es vor allem bei der Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen verschiedentlich zu illegalen Aktionen. Und obwohl die nationalsozialistische Betriebsideologie mit „Führung“ und „Gefolgschaft“ irgendwelche Arbeitskämpfe nicht vorsah, setzten die Arbeiter z. B. 1936 eine erhöhte Weihnachtzulage auf manchen Werften durch. Die fortwährenden Verfolgungen und die Festigung der NS-Herrschaft durch die überwältigende Zustimmung der Bevölkerung trieben die Kieler Kommunisten und Sozialdemokraten ab 1937 jedoch zunehmend in die Resignation. Eine Befreiung Deutschlands konnte man sich jetzt nur noch von außen vorstellen. Erst der Überfall auf die Sowjetunion 1941 und die Fühlungnahme mit der starken Hamburger Widerstandsgruppe, die unter der Leitung des aus dem KZ

entlassenen KPD-Funktionärs, Reichstagsabgeordneten und Arbeiterführers Bernhard Bästlein (1894–1944) stand, führten zu neuen Aktivitäten des Kieler Widerstands. Sabotage-Aktionen in der Rüstungsindustrie und insbesondere beim U-Boot-Bau sowie Hilfe für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter prägten das Bild bis zur ersehnten Befreiung im Mai 1945. Horst Peters hob in diesem Zusammenhang hervor, daß insbesondere durch die Beschaffung von Nahrungsmitteln für die ausländischen Zwangsarbeiter und Gefangenen zahlreiche Menschenleben gerettet werden konnten.

Im Anschluß an das Referat von Horst Peters berichteten Victor Andersen aus Uetersen und Karl-Heinz Lorenzen aus Flensburg über den Alltag im Widerstand, die Verfolgung und das Innenleben deutscher Konzentrationslager. Der seit 60 Jahren in der SPD aktive Maschinenbauer *Victor Andersen* hob für den Kreis Pinneberg hervor, daß es dort trotz der Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD, die auf der verhängnisvollen „Sozialfaschismus“-These der KPD und dem Unwillen der SPD-Führung gegenüber den Kommunisten basierten, schon vor 1933 zu einer intensiven Zusammenarbeit unter den Mitgliedern der beiden Arbeiterparteien kam. Insbesondere das sozialdemokratisch geführte Reichsbanner und der Rotfrontkämpferbund der KPD hatten nämlich die Erfahrung machen müssen, daß man sich der braunen Horden aus SA und SS, die im Hamburger Umland auch vor direkten Mordaktionen nicht zurückschrecken, nicht allein, sondern nur gemeinsam erwehren konnte. Als bekannter Sozialdemokrat war Victor Andersen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verhaftet worden und kam über das berüchtigte KZ Fuhlsbüttel („Kolafu“) in das KZ Esterwegen. 1939 auf Intervention seiner Firma entlassen, die ihn als „kriegswichtig“ reklamierte, galt Victor Andersen zunächst als „wehrunwürdig“, um in der zweiten Kriegshälfte zum „Strafbataillon 999“ einberufen zu werden, in dem es, so Andersen, wie im KZ zugeht – nur daß man statt des gestreiften Drillichs die Wehrmachtsuniform trug.

Der Flensburger *Karl-Heinz Lorenzen* war bei der „Machtergreifung“ der Nazis gerade 16 Jahre alt und gehörte der dänischen Minderheit und den deutschen Jungkommunisten an. Mithin als „Grenzgänger“ prädestiniert, holte er nach der „Machtübergabe an die Nazis“ illegale Schriften nach Deutschland und brachte Verfolgte nach Dänemark in die Freiheit. Zunächst konnte noch mit gefälschten Pässen gearbeitet werden, für die keine Lichtbilder erforderlich waren, und später wurde in einen, auf der Bahnstrecke Niebüll–Tønder häufig verschobenen Kohlen-Tender, ein Verschlag eingebaut, der zahlreichen Menschen zur Flucht verhalf. Unter anderem gelangte auf diese Weise auch die spätere erste Frau Herbert Wehners in die Freiheit. Die Gestapo brauchte bis 1935, um durch einen nach Dänemark eingeschleusten Agenten den Ring an der Grenze, zu dem auch nordfriesische Kommunisten zählten, aufzubrechen. Achtzehnjährig wurde Karl-

Heinz Lorenzen zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Rendsburg absaß. Von dort verschleppte man ihn nach wenigen Tagen der Freiheit in das KZ Sachsenhausen nördlich Berlins, wo er unter anderem Zeuge der Ermordung von 18.000 sowjetischen Kriegsgefangenen wurde, deren Leichen er gemeinsam mit anderen Häftlingen ins Krematorium schleppen mußte. Mit 33.000 Häftlingen ging Karl-Heinz Lorenzen im April 1945 auf den Todesmarsch nach Schwerin, der noch einmal 6.000 Menschen das Leben kostete. Eines morgens war die SS verschwunden, und über viele Umwege gelangte Lorenzen nach Flensburg zurück.

Jahre später stellten sich bei Karl-Heinz Lorenzen Spätfolgen seiner Haft ein, so daß er eine Rente beantragte. Im Auftrag des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums begutachtete ihn ein „Dr. Sawade“, der alle Rentenansprüche ablehnte. Jener „Dr. Sawade“ war niemand anderes als Professor Heyde, der ab 1940 in Berlin den staatlich organisierten Massenmord an geistig Behinderten und psychisch Kranken im Rahmen des sogenannten „Euthanasie“-Programms organisiert hatte, und der nun in Flensburg praktizierte. Als der Skandal 1959 nicht mehr zu vertuschen war, wurde Professor Heyde alias Sawade von den Strafverfolgungsorganen festgenommen und machte seinem Leben in der Untersuchungshaft selbst ein Ende. Karl-Heinz Lorenzen wurde unterdessen von einem Kieler Arzt erneut begutachtet – und erhielt seine Rente. – Während der Berichte Victor Andersens und Karl-Heinz Lorenzens kehrte in den Tagungsraum eine fast unheimliche Stille ein...

3. Konzentrationslager in Schleswig-Holstein

Das letzte Referat der Tagung galt den Konzentrationslagern im Lande. *Detlef Korte*, der an einer Dissertation über das „Arbeitserziehungslager Nordmark“ arbeitet, das als Folterstätte der Kieler Gestapo fungierte und ein besonders berüchtigtes Konzentrationslager war, gab einen Überblick über die 13 bisher bekannten Konzentrationslager, die zwischen 1933 und 1945 in Schleswig-Holstein existierten. Sogenannte „wilde Konzentrationslager“ unter der Federführung der SA im Zusammenwirken mit staatlichen Stellen wurden 1933 in Glückstadt, Kuhlen bzw. Rickling und Falkenried bei Neumünster errichtet. Über diese Lager sind in den letzten Jahren erste, kleine Berichte erschienen und Archivalien ausfindig gemacht worden, während der kanadische Professor Lawrence D. Stokes die Lager Nüchel, Eutin, Holstendorf und Ahrensböök im damals zum Freistaat Oldenburg gehörigen ostholsteinischen Bereich erforschte; diese Lager existierten zwischen Sommer 1933 und Mai 1934, und unterstanden als eine Art „privater“ KZs dem Regierungspräsidenten Böhmkner. Dann scheint es 10 Jahre lang keine Konzentrationslager in Schleswig-Holstein selbst gegeben zu haben – das Hamburger „Kolafu“ und das Moorlager Esterwegen sowie später die

KZ-Hauptlager Sachsenhausen und Neuengamme übernahmen ihre Funktion. Im August 1944 entstand das erste Außenkommando des KZ Neuengamme in Schleswig-Holstein. Bei Kaltenkirchen wurden Häftlinge zu Bauarbeiten am dortigen Flugplatz eingesetzt und mindestens 750 von ihnen kamen bis Kriegsende ums Leben. Der Bibliothekar Gerhard Hoch hat die Geschichte dieses Lagers – als eines der ersten Außenkommandos eines deutschen KZ-Hauptlagers überhaupt – bereits in den 70er Jahren erforscht. – Ebenfalls im Sommer 1944 entstand das „Arbeitserziehungslager Nordmark“ in Kiel-Hassee am Russee, in das auch Häftlinge aus dem Norden des Landes eingeliefert wurden. Es war ein selbständiges Lager unter dem Kieler Gestapo-Chef und unterstand somit über das Reichssicherheitshauptamt dem „Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei“ Heinrich Himmler. In Kiel-Hassee wurden bis Mai 1945 etwa 550 Menschen auf grauenvolle Weise zu Tode gefoltert oder bestialisch ermordet. Im September und November 1944 errichtete man dann die nordfriesischen Konzentrationslager Husum-Schwesing und Ladelund – die Lager mit der höchsten Mortalität und „die schlimmsten Lager“ im Lande überhaupt, so Detlef Korte. Gleichzeitig entstand auch das Außenkommando Wedel des KZ Neuengamme, über das zwar im örtlichen Stadtarchiv Materialien vorhanden sind, die der dortige Bürgermeister aber aus „Datenschutz“-Gründen unter Verschluss halten läßt. Vom Dezember 1944 bis März 1945 existierte ein weiteres Neuengamme-Außenkommando in Lütjenburg-Howacht, wo Häftlinge für die Kieler Firma Anschütz schufteten mußten – angeblich sollen die Baracken des Lagers heute von der Bundeswehr benutzt werden. Ansonsten ist über dieses Lager wie andere Kommandos, die sich in Neustadt und Mölln befunden haben sollen, nichts bekannt.

Diese Feststellung leitet zur Abschlußdiskussion über, bei der es vornehmlich um die Forschungssituation im Lande ging. Der „etablierten“ schleswig-holsteinischen Geschichtsschreibung wurden im Laufe der Diskussion schwere Versäumnisse vorgehalten, und auch die Praxis mancher lokaler und regionaler Archive mußte hinsichtlich der Zurückhaltung von NS-Materialien erneut zum Teil heftige Kritik hinnehmen. Dankbar zeigten sich die Teilnehmer jedoch der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg, die einmal mehr mutig eine brisante Thematik aufgegriffen hatte und den Rahmen für eine gelungene Wochenend-Tagung bot.

Klaus Bästlein

Die deutschen Nordschleswiger in Sankelmark

Einen Tag ihrer alljährlichen Januartagung hatten die Deutschen „von drüben“ wie immer den Problemen der Volksgruppe und der Diskussion in den eigenen Reihen gewidmet. Zu der Frage „Frieden im Grenzland – was nun?“ sprachen Harald

Kracht, Realschuldirektor aus Tingleff, Nis-Edwin List Petersen, Leiter des Jugendhofs Knivsberg, Hermann Heil, Abgeordneter der Schleswigschen Partei im Amtsrat Sønderjylland, und Siegfried Matlok, Chefredakteur der deutschen Zeitung „Der Nordschleswiger“. Im folgenden soll versucht werden, ihre wichtigsten Aussagen und Argumente in kurzer Form zusammenfassend darzustellen.

Hermann Heil begann mit dem Hinweis, daß der Frieden im Grenzland eines der wichtigsten Ziele des BdN seit seiner Gründung gewesen sei und stellte dann fest: „Es ist seit 1945 ein weiter Weg zurückgelegt worden. Wichtige Stadien auf diesem Weg waren dabei die Minderheitenerklärung aus dem Jahre 1955, die Schaffung der Kontaktausschußregelung von 1964, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit einer dänischen Partei 1973, auch wenn diese später zerbrach, und die Einrichtung eines deutschen Sekretariats in Kopenhagen im vergangenen Jahr. Auf einige von diesen Dingen haben wir als Volksgruppe gedrängt und können deshalb stolz darauf sein, daß wir sie erreichten. Gerechterweise müssen wir aber auch sagen, daß anderes uns ohne unser vorheriges Zutun angeboten wurde, sodaß eine Bereitschaft zur Entspannung im Grenzland auch von der dänischen Seite zu erkennen gewesen ist. Das hat sicherlich auch wieder etwas mit dem Verhalten der Volksgruppe in den Jahren nach 1945 zu tun.“

Was unter Frieden zu verstehen sei, umschrieb Heil so: Es habe etwas mit Entspannung zu tun, mit Achtung vor Andersdenkenden, mit Toleranz, mit Berücksichtigung anderer Auffassungen und Interessen, mit Gleichberechtigung aller Individuen und Gruppen. Zu der Frage, ob ein so verstandener Friede auch innerhalb der Volksgruppe herrsche, meinte Heil: „Immer sicherlich nicht, ... aber wir sind einen großen Schritt vorangekommen, und wir befinden uns auf dem richtigen Weg.“ Die guten Erfahrungen, die auf der Ebene der Regierungen und Staaten gemacht worden seien, müßten ganz intensiv auch auf die kommunale Ebene übertragen werden, sowohl, was die Koordination der Arbeit innerhalb der Volksgruppe angehe, als auch im Verhältnis der BdN-Vertreter etwa zu den dänischen Parteien. Hermann Heil sagte: „Aus meiner Erfahrung bei der Arbeit im Amtsrat weiß ich, daß es durchaus möglich ist zusammenzuarbeiten, sogar gut und eng zusammenzuarbeiten, ohne daß man damit auf einen eigenen Standpunkt, eine abweichende Haltung zu verschiedenen Fragen zu verzichten braucht. Das gilt selbstverständlich insbesondere, wenn es um die Interessen der deutschen Volksgruppe einschl. ihrer Vereine und Institutionen geht. Ich meine, daß die verschiedenen deutschen Vereine und Institutionen von dem von ihnen gewählten Vertreter erwarten können, daß er ihre Gesichtspunkte unterstützt. Wenn er es nicht tut, wer sollte es dann? Wir sollten uns künftig um eine bessere Zusammenarbeit in politischen Fragen auf Ortsebene bemühen. Wir sollten uns als Gruppe noch solidarischer als bisher verhalten.“

Zur Frage, ob die Schleswigsche Partei mehr eine Partei der Volksgruppe oder der Region sei, meinte Heil, es gehe „in erster Linie um eine Interessenvertretung der deutschen Volksgruppe“. Aber: „Wir sollten mit den anderen Parteien ins Gespräch kommen über Wahlbündnisse, über technische Wahlzusammenarbeit usw.; denn was auf Landesebene möglich ist, müßte mit der Zeit doch auch auf örtlicher Ebene möglich werden. Nicht jeder Anlauf bringt unbedingt gleich einen Erfolg. Wenn ein Versuch aber gar nicht erst unternommen wird, ist ein Erfolg von vornherein ausgeschlossen.

Ich meine also, daß wir uns auf lokaler Ebene in steigendem Maße wie auf Landesebene verhalten sollten, um uns vielleicht auf diese Weise eine bessere politische Ausgangsposition zu sichern.“

Nis-Edwin List Petersen bestätigte die Existenz des Friedens im Grenzland, meinte aber, „daß mit zunehmender Befriedung, d. h. mit abnehmenden Feindlichkeiten zwischen den Bevölkerungsteilen im Grenzland das Gedeihen nach innen hin Schaden genommen hat...

Wir haben politisch wie kulturell nach 1945 allerlei erreicht. Mit trotzig geradem Rückgrat und der Hilfe aus dem Süden haben wir ein Schul- und Kindergartensystem aufgebaut, das sich sehen lassen kann. In der Politik sind wir dort, wo es möglich ist, vertreten, ja wir haben sogar nach dem Verlust des Folketingsmandates unser eigenes Sekretariat in Kopenhagen bekommen.

Dies alles ist mit Loyalität, Wohlverhalten, Zusammenarbeitswillen, Gemeinsinn, Vernunft und Fleiß erkaufte worden. Wir zeigen uns gegenüber dem dänischen Nachbarn kompromißbereit und vermeiden nach Möglichkeit Konflikte.

Ist aber dieser Friede nicht zu teuer erkaufte, wenn die gleichen Qualitäten innerhalb der Minderheit nur bedingt zu finden sind?

Sollte ich hier eine Negativliste aufstellen, so lautet sie: Pessimismus, Gleichmacherei, Ineffektivität, Bevormundung, Neid, Positionsgerangel, Intoleranz usw...

Warum ist es innerhalb der Volksgruppe nicht möglich, sich mit dem gleichen Respekt und der gleichen Gelassenheit zu begegnen, wie dies gegenüber dänischen Nachbarn geschieht? ...

Wir erleben die Folgen: Rückgang der Schülerzahlen über das Pillenknickmaß hinaus, geringe Resonanz bei unseren kulturellen Veranstaltungen, Fernbleiben der mittleren Generation und Umorientierung und Desinteresse schulentlassener Jugendlicher.

In der Analyse der Fehlerquellen kommt für mich ein Punkt schwerwiegend hinzu: Bei dem Ringen um politische Anerkennung haben manche Funktionsträger des BdN oder der Schleswigschen Partei offensichtlich vergessen, daß sie ein Mandat der Minderheit haben und sich daher primär für Minderheiteninteressen einzusetzen haben.“ Bei dem großen politischen Engagement sei vor allem die

Kulturarbeit vernachlässigt worden, sagte Nis-Edwin List Petersen:

„Dieser Bereich muß, wollen wir uns nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen, erheblich verstärkt werden, und das nicht nur ökonomisch, sondern auch ideell. Der Bund deutscher Nordschleswiger und die Schleswigsche Partei sind seinerzeit gegründet worden, um möglichst gute Bedingungen für deutsche Kulturarbeit im Grenzland zu schaffen.“

Sein Hauptanliegen formulierte Petersen so:

„Was wir brauchen, das ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit ohne Außendruck, das sind Veranstaltungen, zu denen man gerne geht, Leute, die Mut machen, Anerkennung, wo sie angebracht ist, Respekt und Kooperationsbereitschaft und eine Haltung, beschrieben in Abwandlung eines Kennedy-Zitates: „Frage nicht zuerst, was die Minderheit für dich tut, sondern, was du für die Minderheit tun kannst!“

Auch Siegfried Matlok bekannte sich zum Frieden im Grenzland und sagte: „Wir sollten froh sein, daß wir in diese guten Gesamtbeziehungen eingebettet sind, daß man uns nicht vergißt, sondern als Vermittler zwischen Deutschland und Dänemark – vor allem im grenzüberschreitenden Dialog – braucht! ... Spätestens seit der gemeinsamen NATO-Mitgliedschaft von Deutschen und Dänen ist die Grenzland- Frage kein bilateraler Spielball mehr, der, wenn man es für opportun hält, in die gegnerische Hälfte gestoßen wird... Die Erhöhung der dänischen Schulzuschüsse auf 100 Prozent und die Errichtung des deutschen Sekretariats sind, auch wenn es kein Junktim gegeben hat, Ausdruck einer atmosphärischen Gegenseitigkeit.“

Dann aber ging es ihm auch um die Betonung von Unterschieden und um einen eigenständigen Kurs der deutschen Volksgruppe:

„Obwohl wir wissen, daß die positive Grenzland-Atmosphäre noch keineswegs überall unten durchgeschlagen ist, stellt sich für uns die Frage : Ist die symbolische deutsch-dänische Umarmung für die Volksgruppe schon eine Umklammerung? Das ist ja das Problem für die Volksgruppe, zumal der Mangel an Selbstbewußtsein und damit auch an Widerstandskraft den einen oder anderen leichter zum Resignieren bewegt als zum Ringen um den nationalen Unterschied; denn – auch dies haben ja sowohl Stoltenberg/Barschel als auch Jørgensen/Schlüter erklärt, was allerdings in der Berichterstattung leider untergegangen ist – nämlich: „Der friedliche kulturelle Wettbewerb im Grenzland geht weiter!“

„Das ist für uns als deutsche Nordschleswiger nicht nur eine ständige kulturelle sondern auch eine politische Herausforderung – mit großen Risiken, aber auch mit Chancen, wobei wir in dieser schnellebigen Zeit nicht in den Fehler verfallen sollten, alles nur aus heutiger Sicht zu sehen – wir brauchen auch den zähen, ausdauernden historischen Atem! Was heißt das konkret? Nun, die Unterschiede

müssen deutlicher werden, und auch begrenzte Konflikte sollten uns nicht davon abhalten, einen eigenständigen deutschen Kurs in Nordschleswig zu fahren, auch wenn es den einen oder anderen Rückschlag gibt.“

In vier „Szenarien“ schilderte Matlok dann mögliche Entwicklungen in der Zukunft; das letzte enthielt spürbar sein eigenes Konzept: „Die Schleswigsche Partei ändert ihren Namen zur Nordschleswigschen Partei, Kultur und Politik werden getrennt, so daß die Nordschleswigsche Partei noch stärker und offensiver als (deutsche) Regionalpartei auftritt. Klares deutsches Kultur-Angebot und politisches Agieren statt Reagieren! Auch gegenüber den Dänen Unterschiede deutlich machen, gleichzeitig die Bedeutung der deutschen Kultur als gemeinsamen Reichtum des Grenzlandes hervorheben und vor allem die nationalpolitisch Unentschiedenen durch die Rolle als eine führende politische Kraft Nordschleswigs gewinnen! Raus aus der Defensive und Stagnation; selbstbewußte Offensive auf allen Ebenen!“

Harald Kracht wollte seine Ausführungen „nicht als Pessimismus, sondern als Versuch einer realistischen Darstellung“ aufgefaßt wissen, zumal man in der Volksgruppe nicht immer den Tatsachen ins Auge schaue und rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreife. Anhand von Schülerzahlen der Tingleffer Schule wies er eine für den Bestand der Volksgruppe gefährliche Entwicklung nach: Von den Entlaßschülern nach dem Kriege lebten nur noch etwa 56% in Nordschleswig, und nur etwas mehr als 10% seien aktiv in der Volksgruppe tätig. 44% dagegen lebten irgendwo in Dänemark, in Deutschland oder in anderen Ländern, die meisten von ihnen unauffindbar für Nachforschungen, d. h. ohne Kontakt zur nordschleswigschen Heimat. Entsprechend seien auch die Wählerzahlen rückläufig; im Vergleich der 50er mit den 80er Jahren sei ein Verlust von über 3 000 Stimmen eingetreten, rund ein Drittel also in einer Generation. Kracht verglich die Einstellung vieler Älterer, die „deutsch“ als einen Wert an sich betrachteten und daher immer auch ganz selbstverständlich deutsch gewählt hätten, mit der pragmatischen Grundhaltung vieler Jugendlicher, die sich nicht mehr nach „imaginären Idealen“, sondern eher „nach handfesten wirtschaftlichen oder auch ideologischen Gesichtspunkten“ orientierten. Das politische Interesse der Jugendlichen sei gewachsen, doch müsse man hinnehmen, von ihnen gemessen und gegebenenfalls „gewogen und zu leicht befunden“ zu werden.

Jedenfalls gebe es auch „Entscheidungen gegen uns“, und dann zeigte Kracht an einer langen Reihe von Beispielen, wie Menschen auf den verschiedensten Wegen, meist über Familie und Beruf, der Volksgruppe verlorengehen. Daraus, fügte er hinzu, müsse man Konsequenzen ziehen, in der politischen, aber auch in der Betreuungsarbeit. Minoritäten in der Minderheit müßten stärker beachtet und auch bei der Aufstellung von Kandidaten berücksichtigt werden. Die Zusammenarbeit innerhalb der deutschen Gemeinschaften müsse verbessert werden; und auch die Verbindung der einzelnen Verbände zueinander lasse noch

zu wünschen übrig. Wörtlich sagte der Referent: „Durch diese Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen auf Ortsebene muß es zu einer Aufstellung von Betreuungsbezirken kommen, und es müssen Leute gefunden werden, die sich bereiterklären, in einem solchen Bezirk, der nicht mehr als 25 Mann umfassen sollte, als Ansprechpartner für alle zu gelten... Hier zeigt sich meines Erachtens der Wille, ob man als deutsche Volksgruppe weiter Zusammenleben und auch überleben will.“

Der Hauptvorstand, forderte Kracht, „sollte sehr bald ein generelles Konzept für die verbandsübergreifende Zusammenarbeit auf Ortsebene erarbeiten und stärker darauf einwirken, daß dieses auch verwirklicht wird.“

Auch die Jugendlichen selbst kamen an diesem Tage zu Wort, Schüler oder Studenten zumeist, die ihr Verhältnis zur Volksgruppe artikulierten und auch freimütig Kritik übten. Und die „Alten“ hörten zu und nahmen ernst, was ihnen gesagt wurde. Birgit Kirhhübel und Marion Jürgensen als Sprecher des Deutschen Jugendverbandes faßten am Ende ihres gemeinsam erarbeiteten Referates am bündigsten zusammen, was im Grunde alle jungen Redner bewegte: „Wie wird die Jugend von heute zur Volksgruppe von morgen?“

1. Die erste Entscheidung liegt bei den Eltern. Auch weiterhin ist das Interesse der Eltern an der Volksgruppe die grundlegende Beeinflussung der Kinder. Die Schule und andere außerschulische Vereine haben die Aufgabe, ein Zugehörigkeitsgefühl zur Volksgruppe aufzubauen und zu festigen.
2. Man muß stolz darauf sein können, zur Volksgruppe zu gehören. Dazu gehört, in einer kleinen Gemeinschaft eine Aufgabe zu haben und anerkannt zu werden.
3. Die Erwachsenen müssen uns Vertrauen schenken und in die Volksgruppenarbeit mit einbeziehen. Die Erwachsenen wirken in unseren Augen oft zu förmlich, ängstlich und angepaßt. Wir müssen das Recht haben, uns bei der Meinungsbildung auch irren zu dürfen.
4. Die Ideen der Jugend dürfen nicht im Keim erstickt werden. Die Vorschläge sollten ernst genommen und diskutiert werden.
5. Für Veranstaltungen des Jugendverbandes müßte mehr mündliche Werbung gemacht werden, da Rundschreiben oft nicht die gewünschte Wirkung erzielen.

Der wichtigste Teil zur Bildung der Gemeinschaft ist das tägliche Vorleben eines selbstverständlichen Volksgruppenbewußtseins. Es ist nicht ausreichend, nur vor Kommunal- und Amtratswahlen ein Zusammengehörigkeitsgefühl heraufbeschwören zu wollen. Es muß ein ständiges Bemühen aller Verbände, Vereine und Einrichtungen sein, die Jugendlichen in die Volksgruppenarbeit mit einzubeziehen.“

Stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher Positionen in deutscher Volksgruppe

Die Schleswigsche Partei (SP), mit dem Bund deutscher Nordschleswiger (BdN) organisatorisch deckungsgleiche politische Organisation der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, soll in Zukunft unterschiedliche Positionen noch stärker als bisher in ihrem Partei- und Wahlprogramm berücksichtigen. Diese Forderung haben Umweltschützer und Anhänger der Friedensbewegung innerhalb der deutschen Minderheit auf einem BdN-Hearing in Tingleff erhoben.

Die deutsche Volksgruppe wird sowohl Grüne als auch Friedenspositionen stärker in ihre politische Arbeit integrieren müssen, um insbesondere junge Mitglieder der Minderheit weiterhin für die deutsche Arbeit im südlichen Landesteil engagieren zu können. In der Jugend habe sich eine Bewußtseinsänderung vollzogen, hieß es während der Anhörung; eine Erweiterung des politischen Rahmens sei daher auf Dauer unumgänglich.

Auf dem Hearing, das über 100 Volksgruppenmitglieder besuchten, bot BdN-Hauptvorsitzender Gerhard Schmidt, Gravenstein, dem Politischen Jugendforum Nordschleswig (PJN), einem Arbeitskreis politisch interessierter junger deutscher Nordschleswiger, das umwelt- und friedenskritische Ideen aufgreift, einen Platz im BdN-Hauptvorstand an. Ein konkretes Angebot auf intensive Mitarbeit jüngerer „Grüner“ und „Friedensfreunde“ im Führungsgremium liegt damit vor.

„Es kommt darauf an, sich sachkundig zu machen, vor Ort in den Volksgruppengremien mitzuarbeiten und überzeugend zu wirken – der Marsch durch die Instanzen...“, kommentierte die deutsche Tageszeitung in Dänemark, „Der Nordschleswiger“, Apenrade, die Anhörung, „die weder einmaliges noch ein seltenes Ereignis bleiben darf! ... Der Erkenntnisrollstuhl hat sich in Bewegung gesetzt. Zwar nur ein kleines Stück – aber nach vorn“.

Pressedienst Nordschleswig

Deutsche Volksgruppe will ihre Kulturarbeit basisnah verstärken

Größere Klarheit über den künftigen Kurs der Kulturarbeit der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig hat der Kulturausschuß des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) auf einer erstmalig durchgeführten Kulturkonferenz erhalten, die nicht nur Repräsentanten der deutsch-nordschleswigschen Verbände, sondern auch Vertreter kleinerer örtlicher deutscher Vereine ansprach.

Ziel dieser 1. BdN-Kulturkonferenz war es weiterhin, „Anregungen, Wünsche und Problematik der auf Nordschleswig-Ebene kulturtreibenden Verbände, Vereine und Institutionen kennenzulernen, um sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen“, erklärte BdN-Kulturausschußvorsitzender Nis-Edwin List Petersen, Knivsberg. Petersen wies auf die Erhöhung der Haushaltsansätze im BdN-Kulturretat 1985 und die damit verbesserte Bezuschussungsmöglichkeit hin, um den Veranstaltern für ihre künftige Kulturarbeit „Mut zu machen“ sowie einen gezielten Einsatz der Kulturmittel zu gewährleisten.

Deutlich wurde in der lebhaft geführten Diskussion, daß Vereine und Verbände verstärkt an einer beratenden und koordinierenden Funktion des Kulturausschusses interessiert sind. Angeregt wurde aber auch eine Weiter- und Ausbildung qualifizierter Mitarbeiter, die innerhalb der kulturellen Arbeit „vor Ort“ kleineren Arbeitskreisen und Jugendgruppen mit der nötigen fachlichen Kompetenz helfen könnten, Ansätze und Initiativen weiterzuentwickeln und durchzuführen.

Positiv vermerkt wurde auf der Kulturkonferenz, daß sich ein neuer Aufschwung im Laienspiel innerhalb der deutschen Volksgruppe bemerkbar macht. Eine gezielte Unterstützung deutschen Kinder- und Jugendtheaters sei ein wichtiger Schlüssel für das Weiterbestehen deutscher Kulturarbeit in Nordschleswig.

Pressedienst Nordschleswig

*

Werkverzeichnis Alex Eckener

Im Rahmen des 700jährigen Stadtjubiläums von Flensburg findet eine Ausstellung bisher unveröffentlichter Arbeiten des Flensburger Malers Alex Eckener (1870-1944) statt. Da es bisher kein Verzeichnis aller Werke dieses Künstlers gibt, wird hierdurch dazu aufgerufen, Werke Alex Eckeners, die sich in Privathand befinden oder der öffentlichen Hand gehören und noch nicht veröffentlicht oder registriert sind, zwecks Aufnahme in ein Werksverzeichnis mitzuteilen.

(Adresse: Bankdirektor Helmut Hansen, Vereins- und Westbank, 2390 Flensburg, Holm.)